

**Gesetz vom ....., mit dem das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990 geändert wird**

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz - NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 38/2015, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Wortfolge „der Richtlinie 92/43/EWG und der Richtlinie 79/409/EWG“ durch die Wortfolge „der Richtlinien gemäß Abs. 3“ ersetzt.

2. Dem § 1 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Mit diesem Gesetz werden umgesetzt:

1. die Richtlinie 2009/147/EG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten, ABl. Nr. L 20 vom 26.01.2010 S. 7, in der Fassung der Richtlinie 2013/17/EU, ABl. Nr. L 158 vom 10.06.2013 S. 193 (in der Folge: VS-Richtlinie);
2. die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, ABl. Nr. L 206 vom 22.07.1992 S. 7, in der Fassung der Richtlinie 2013/17/EU, ABl. Nr. L 158 vom 10.06.2013 S. 193, und der Berichtigung ABl. Nr. L 95 vom 29.03.2014 S. 70 (in der Folge: FFH-Richtlinie);
3. die Richtlinie 2006/105/EG zur Anpassung der Richtlinien 73/239/EWG, 74/557/EWG und 2002/83/EG im Bereich Umwelt anlässlich des Beitritts Bulgariens und Rumäniens, ABl. Nr. 363 vom 20.12.2006 S. 368;
4. die Richtlinie 2013/17/EU zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Umwelt aufgrund des Beitritts der Republik Kroatien, ABl. Nr. L 158 vom 10.06.2013 S. 193.“

3. In § 3 lit. b wird die Wortfolge „zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 149/2006“ durch die Wortfolge „, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 61/2015“ ersetzt.

4. In § 3 lit. c wird die Wortfolge „zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 116/2006“ durch die Wortfolge „,in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 65/2015“ ersetzt.

5. In § 3 lit. d wird die Wortfolge „§§ 31 Abs. 3 sowie 138 Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 123/2006,“ durch die Wortfolge „§ 31 Abs. 3 und § 138 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215/1959, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 54/2014,“ ersetzt.

6. Der Einleitungssatz des § 5 lautet:

„Folgende Vorhaben bedürfen auf Flächen, die im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan der Gemeinde nicht als Wohn-, Dorf-, Geschäfts-, Industrie- und Betriebsgebiete, gemischte Baugebiete, Baugebiete für Erholungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen außerhalb von geschützten Gebieten (ausgenommen solche im funktionellen Zusammenhang mit einem stehenden Oberflächengewässer), Sondergebiete, Baugebiete für förderbaren Wohnbau oder als Verkehrsflächen (§ 14 Abs. 3 lit. a bis i, § 15 des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1969) ausgewiesen sind, einer Bewilligung:“

7. § 5 lit. b lautet:

„b) die Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe wie etwa Steine, Lehm, Sand, Kies, Schotter und Torf sowie die Verfüllung solcher und bereits bestehender Anlagen einschließlich der Endgestaltung der Abbaustätten;“

8. In § 5 lit. h wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt.

9. Dem § 5 wird folgende lit. i angefügt:

„i) die Errichtung, Erweiterung und Endgestaltung von Anlagen zur Ablagerung von Abfällen, sofern nicht lit. b zur Anwendung kommt.“

10. In § 6 Abs. 1 lit. b entfällt das Wort „oder“ und wird nach dem Wort „ist“ ein Beistrich gesetzt.

11. In § 6 Abs. 1 lit. c entfällt nach dem Wort „wird“ der Punkt und wird das Wort „oder“ angefügt.

12. Dem § 6 Abs. 1 wird folgende lit. d angefügt:

„d) in erheblichem Umfang in ein Gebiet eingegriffen wird, für das durch Verordnung der Landesregierung gemäß § 6a besondere Entwicklungsziele festgelegt sind.“

13. § 6 Abs. 2 lit. c lautet:

„c) sonst eine wesentliche Störung für das Beziehungs- und Wirkungsgefüge der heimischen Tier- und Pflanzenwelt untereinander und zu ihrer Umwelt in der Biosphäre oder in Teilen davon zu erwarten ist. Eine solche wesentliche Störung ist bei Vorhaben gemäß § 5 lit. b und i dann zu erwarten, wenn die Verfüllung solcher Anlagen einschließlich der Endgestaltung der Abbaustätten mit anderen Materialien als Bodenaushub (§ 2 Abs. 17 des Altlastensanierungsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1989, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 103/2013) erfolgt.“

14. Nach § 6 Abs. 3 wird folgender Abs. 3a eingefügt:

„(3a) Ein Eingriff in erheblichem Umfang in ein Gebiet, für das durch Verordnung der Landesregierung gemäß § 6a besondere Entwicklungsziele festgelegt sind, ist jedenfalls gegeben, wenn eine Maßnahme oder ein Vorhaben den in der Verordnung definierten Entwicklungszielen entgegensteht.“

15. Nach § 6 wird folgender § 6a eingefügt:

#### **„§ 6a**

##### **Gebiete, für die besondere Entwicklungsziele festgelegt sind**

Die Landesregierung kann durch Verordnung für genau zu bezeichnende Gebiete, in denen wertvolle natürliche Landschafts- bzw. Lebensräume erhalten werden oder in denen solche entstehen sollen oder in denen besonders schutzwürdige Arten erhalten werden sollen,

1. besondere Entwicklungsziele zur Erhaltung bzw. Schaffung wertvoller natürlicher Landschafts- bzw. Lebensräume oder zur Erhaltung schutzwürdiger Arten festlegen sowie
2. die Methoden für die Ermittlung und Berechnung von Ausgleichsmaßnahmen (§ 51a) festlegen, wobei vorzusehen ist, dass Eingriffe - nach Maßgabe der Verfügbarkeit und wirtschaftlichen Zumutbarkeit - in natura im Projektgebiet bzw. nach Möglichkeit in räumlicher Nähe (im betroffenen oder in einem benachbarten Naturraum) auf gleichartige, ähnliche oder andere Weise ausgeglichen werden sollen.“

16. In § 7 Abs. 1 wird die Wortfolge „Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten“ durch das Wort „VS-Richtlinie“ ersetzt.

17. § 11 lautet:

#### **„§ 11**

##### **Verbot der Verunstaltung der freien Landschaft**

Jede Verunstaltung der Landschaft

1. außerhalb des Ortsgebietes bzw. der Ortschaft und des Ortsrandes oder
2. außerhalb eines gewerblichen Betriebsgebietes oder außerhalb von Vor- und Hausgärten, die im Zusammenhang mit verstreut liegenden Wohnbauten, die im Sinne des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes, LGBl. Nr. 18/1969, als Bauland ausgewiesen sind, stehen,

ist verboten, sofern solche nachteiligen Beeinträchtigungen nicht bereits durch andere Rechtsvorschriften verboten sind. Behördlich genehmigte Anlagen sind von diesem Verbot ausgenommen.“

18. Nach § 11 wird folgender § 11a eingefügt:

### **„§ 11a**

#### **Bewilligung von Werbeeinrichtungen**

(1) Die Errichtung, Aufstellung, Anbringung oder wesentliche Änderung von Werbeeinrichtungen außerhalb des Ortsgebietes bzw. der Ortschaft und des Ortsrandes bedarf - sofern die Maßnahme nicht bereits durch andere Rechtsvorschriften verboten ist - einer Bewilligung. Dem Antrag sind die in § 50 Abs. 2 bis 4 aufgelisteten Unterlagen in vierfacher Ausfertigung anzuschließen.

(2) Unter Werbung sind alle Hinweise, Anpreisungen und Ankündigungen mit dem Ziel, das Interesse von Personen auf Waren, Veranstaltungen, Leistungen oder Einrichtungen des privaten oder öffentlichen Lebens zu lenken, zu verstehen. Eine Werbeeinrichtung ist ein außerhalb des Ortsgebietes oder der Ortschaft und des Ortsrandes (§ 11 Z 1) in Erscheinung tretender Werbeträger, der der Werbung dient oder hierfür vorgesehen ist. Als Werbeeinrichtung ist auch ein Werbeträger anzusehen, der die Form einer Ankündigung oder eines Hinweises hat oder auf eine andere Weise geeignet ist, Aufmerksamkeit zu erregen.

(3) Ausgenommen von der Bewilligungspflicht gemäß Abs. 1 sind

1. die Anbringung durch Gesetz vorgesehener Geschäfts- und Betriebsstättenbezeichnungen, sofern sie ausschließlich dem geschäftlichen Zweck dienen,
2. Hinweise, die überwiegend zur Auffindung von Geschäfts- oder Betriebsstätten, zur Auffindung und zur Information von nach diesem Gesetz geschützten Objekten, Gebieten oder von kulturellen Besonderheiten dienen,
3. die Errichtung, Aufstellung oder Anbringung von Werbeeinrichtungen zu Wahlzeiten, die ausschließlich der politischen Werbung dienen, sowie Dankadressen jeweils im Zeitraum von zehn Wochen vor bis zwei Wochen nach dem Wahltag oder dem Tag der Volksabstimmung,
4. amtliche Bekanntmachungen, Bezeichnungen, Hinweise, Ankündigungen über Veranstaltungen von besonderem kulturellen Wert, die im Landesinteresse stehen, bis längstens zwei Wochen nach Beendigung der Veranstaltung,
5. Ankündigungen auf der Rückseite von Verkehrszeichen oder anderen Einrichtungen zur Verhinderung von Falschfahrten im Zuge von Autobahnabfahrten im Sinne des § 82 Abs. 3 lit. f der Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. Nr. 159/1960, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 123/2015,
6. die Aufstellung von Tafeln im Höchstausmaß vom 1 m<sup>2</sup> auf Flächen der landwirtschaftlichen Urproduktion (landwirtschaftlicher Vertragsanbau, Versuchsflächen in der landwirtschaftlichen Produktion) im Rahmen eines landwirtschaftlichen Betriebes für die Dauer von maximal vier Monaten vor bis unmittelbar nach der Ernte.

(4) Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn durch die Werbeeinrichtung das Landschaftsbild im Sinne des § 6 Abs. 1 lit. a nicht nachteilig beeinflusst oder der Charakter des betroffenen Landschaftsraumes im Sinne des § 6 Abs. 1 lit. c nicht nachteilig beeinträchtigt wird. § 6 Abs. 5 und § 10 gelten sinngemäß.“

19. In § 15a wird das Zitat „Richtlinie 92/43/EWG“ durch das Wort „FFH-Richtlinie“ ersetzt.

20. In § 16 Abs. 1 Z 1 wird das Zitat „Richtlinie 79/409/EWG“ durch das Wort „VS-Richtlinie“ und das Zitat „Richtlinie 92/43/EWG“ durch das Wort „FFH-Richtlinie“ ersetzt.

21. In § 16 Abs. 2 wird das Zitat „Richtlinie 92/43/EWG“ durch das Wort „FFH-Richtlinie“ ersetzt.

22. Die Überschrift des § 16a lautet:

#### **„Artenschutz nach der FFH-Richtlinie und VS-Richtlinie“**

23. In § 16a Abs. 1 wird die Wortfolge „in den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG“ durch die Wortfolge „in der FFH-Richtlinie und der VS-Richtlinie“ ersetzt.

24. In § 16a Abs. 4 wird das Zitat „Richtlinie 92/43/EWG“ durch das Wort „FFH-Richtlinie“ ersetzt.

25. § 18 Abs. 3 bis 6 lautet:

„(3) Die Landesregierung kann auf Ansuchen im Einzelfall nach Maßgabe der folgenden Absätze Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 14 bis 16a und den auf Grund dieser Bestimmungen durch Verordnung erlassenen Verboten bewilligen, sofern

1. es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und
2. der Erhaltungszustand der Population der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung günstig bleibt.

(4) Die Landesregierung kann nach Maßgabe des Abs. 3 von den Verboten betreffend Pflanzen- und Tierarten, ausgenommen die Vogelarten nach Abs. 5, Ausnahmen bewilligen:

1. zum Schutz der übrigen Pflanzen und wild lebenden Tiere und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume,
2. zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum,
3. im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses (§ 6 Abs. 5) einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt,
4. zu Zwecken der Forschung und des Unterrichtes, der Bestandsauffüllung und Wiederansiedlung und der für diese Zwecke erforderlichen Aufzucht, einschließlich der künstlichen Vermehrung von Pflanzen,
5. um unter strenger Kontrolle selektiv und im beschränkten Ausmaß die Entnahme oder Haltung einer begrenzten, von der Behörde spezifizierten Anzahl von Exemplaren bestimmter Pflanzen- bzw. Tierarten zu erlauben.

(5) Die Landesregierung kann nach Maßgabe des Abs. 3 von den Verboten betreffend die unter die Vogelschutzrichtlinie fallenden Vogelarten Ausnahmen bewilligen:

1. im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit,
2. im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt,
3. zur Abwendung erheblicher Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischereigeieten und Gewässern,
4. zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt,
5. zu Forschungs- und Unterrichtszwecken, zur Aufstockung der Bestände, zur Wiederansiedlung und zur Aufzucht im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen,
6. um unter streng überwachten Bedingungen den Fang, die Haltung oder jede andere vernünftige Nutzung bestimmter Vogelarten in geringen Mengen zu ermöglichen.

(6) Die Bewilligung ist erforderlichenfalls unter Vorschreibungen von Auflagen, Bedingungen oder Befristungen zu erteilen, um nachteilige Wirkungen des Vorhabens möglichst gering zu halten.“

26. Die Überschrift des § 22 lautet:

### **„Gebietsschutz nach der FFH-Richtlinie und VS-Richtlinie“**

27. Dem § 22 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Die Landesregierung hat den Erhaltungszustand der in Art. 2 der FFH-Richtlinie genannten Arten und Lebensräume sowie der Vogelarten gemäß Art. 1 der VS-Richtlinie zu überwachen und zu dokumentieren. Natürliche Lebensräume und Arten, die nach der FFH-Richtlinie von prioritärer Bedeutung sind, sind besonders zu berücksichtigen.“

28. § 22a lautet:

### **„§ 22a**

#### **Geschützter Lebensraum**

(1) Die Landesregierung hat zwecks Bewahrung, Entwicklung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes außerhalb und - gegebenenfalls - innerhalb von Europaschutzgebieten (§ 22b) zu schützen:

1. die im Anhang I der FFH-Richtlinie angeführten und im Burgenland gefährdeten, natürlichen Lebensraumtypen von besonderem Interesse und
2. die Lebensräume der in Anhang II der FFH-Richtlinie angeführten Arten.

(2) Zum Zweck des Abs. 1 kann die Landesregierung

1. Lebensraumtypen gemäß Abs. 1 Z 1 und Lebensräume für die in Abs. 1 Z 2 genannten Arten mit Verordnung zum geschützten Lebensraum erklären sowie
2. soweit erforderlich den Schutz durch Vereinbarungen oder Förderungen (§ 75) gewährleisten.

(3) Die Verordnung gemäß Abs. 2 Z 1 hat den jeweiligen Schutzgegenstand und den Schutzzweck, die zur Erreichung des Zwecks allenfalls notwendigen Gebote und Verbote sowie Art und Umfang der Schutzbestimmungen festzulegen. § 22d findet sinngemäß Anwendung.“

29. In § 22b Abs. 1 wird jeweils das Zitat „Richtlinie 92/43/EWG“ durch das Wort „FFH-Richtlinie“ und das Zitat „Richtlinie 79/409/EWG“ durch das Wort „VS-Richtlinie“ ersetzt.

30. Dem § 22c Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Festlegung von Geboten und Verboten darf unterbleiben, insoweit durch Verordnungen nach anderen Bestimmungen dieses Gesetzes, durch das Gesetz über den Nationalpark Neusiedler See - Seewinkel oder durch Vereinbarungen (§ 4 Abs. 3) ein ausreichender Schutz gewährleistet ist.“

31. § 22c Abs. 3 letzter Satz lautet:

„Grundlage des Plans sind wissenschaftliche Erkenntnisse, insbesondere im Zusammenhang mit den in den Anhängen der VS-Richtlinie und der FFH-Richtlinie angeführten Lebensräumen und Arten, zu deren Schutz und Entwicklung der Entwicklungs- und Pflegeplan erstellt wird.“

32. § 22c Abs. 6 erster Satz lautet:

„Die Landesregierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die zur Wahrung des Schutzzwecks und der Erhaltungsziele des Europaschutzgebietes festgelegten wesentlichen Inhalte des Entwicklungs- und Pflegeplans entsprechend umgesetzt werden.“

33. Die Überschrift des § 22d lautet:

#### **„Bewilligungen und Ausnahmen“**

34. § 22d Abs. 1 lautet:

„(1) Die Landesregierung kann im Einzelfall - allenfalls unter Ausnahme von den gemäß §§ 22b und 22c erlassenen Verboten - Pläne und Projekte im Sinne des § 22e Abs. 1 bewilligen, wenn der Eingriff in ein Europaschutzgebiet das Gebiet in seinen für den Schutzzweck oder die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteilen nicht erheblich beeinträchtigt.“

35. § 22d Abs. 2 erster Halbsatz lautet:

„Entgegen der Bestimmung des Abs. 1 dürfen Bewilligungen - allenfalls unter Erteilung von Ausnahmen von den gemäß §§ 22b und 22c erlassenen Verboten - nur erteilt werden.“

36. In § 22d Abs. 3 wird das Zitat „Richtlinie 79/409/EWG“ durch das Wort „VS-Richtlinie“ und die Wortfolge „Ausnahmen nur bewilligt werden“ durch die Wortfolge „Bewilligungen nur erteilt werden“ ersetzt.

37. In § 22d Abs. 5 wird die Wortfolge „keine wesentliche oder nachhaltige Gefährdung“ durch die Wortfolge „keine erhebliche Beeinträchtigung“ ersetzt.

38. In § 22d Abs. 6 werden die Wortfolge „wesentlich oder nachhaltig“ durch das Wort „erheblich“ und das Wort „Ausnahme“ durch das Wort „Bewilligung“ ersetzt.

39. In § 48 Abs. 1 lit. a wird der Klammersausdruck „(§ 22a Abs. 3 lit. a)“ durch den Klammersausdruck „(§ 22a Abs. 2 Z 1)“ ersetzt.

40. In § 48 Abs. 1 lit. b wird das Zitat „(§§ 15 a Abs. 3, 16 Abs. 3“ durch das Zitat „(§ 15a Abs. 3, § 16 Abs. 4)“ ersetzt.

41. § 49 lautet:

#### **„§ 49**

#### **Sicherheitsleistung**

(1) In den Bescheiden, mit denen eine Bewilligung nach diesem Gesetz oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung unter Auflagen oder befristet erteilt wird oder in denen zusätzliche Auflagen gemäß § 51 Abs. 4 vorgeschrieben werden, kann, soweit dies aus den besonderen

Gründen des Einzelfalls erforderlich erscheint, eine Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlichen Kosten der Ausführung der Auflagen bzw. der Maßnahmen vorgeschrieben werden. Eine solche kann jedenfalls unterbleiben, wenn die Durchführung solcher Maßnahmen und Auflagen durch andere Rechtsvorschriften gewährleistet wird.

(2) Bei Anlagen nach § 5 lit. b ist in Bescheiden nach Abs. 1 jedenfalls vorzuschreiben, dass vor Öffnung eines Abschnitts eine angemessene Sicherheitsleistung für die Ausführung der Maßnahmen bzw. der Auflagen zur Endgestaltung dieses Abschnitts in Höhe der voraussichtlichen Ausführungskosten zu leisten ist. Die Vorschreibung einer Sicherheitsleistung hat insoweit zu unterbleiben, als für denselben Sicherungszweck bereits aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine Sicherheitsleistung zu erbringen ist.

(3) Als Leistung einer Sicherstellung gilt eine finanzielle Sicherstellung, zB eine Bankgarantie, eine entsprechende Versicherung, ein gesperrtes Bankkonto, oder etwas Gleichwertiges wie eine Haftungserklärung einer Gebietskörperschaft. Eine Sicherstellung muss der Behörde jedenfalls im Fall einer Insolvenz für die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung stehen, dh. vom Vermögen des Deponieinhabers abtrennbar sein. Eine Bürgschaft oder Haftungserklärung eines privatrechtlichen Unternehmens, ausgenommen eine Bankgarantie oder Versicherung im Sinne des ersten Satzes, ist nicht zulässig.

(4) Die Sicherheitsleistungen sind zur Deckung der Kosten einer allfälligen Ersatzvornahme im Verwaltungsvollstreckungsverfahren zu verwenden. Fällt der Zweck der Sicherheitsleistung weg, ist die Sicherheitsleistung samt allenfalls aufgelaufener Zinserträge zurückzuerstatten.

(5) Die Behörde hat die bescheidmäßig festgelegte Sicherstellung, insbesondere die Höhe, zu überprüfen und erforderlichenfalls bescheidmäßig anzupassen, wenn sich die rechtlichen Verpflichtungen, deren Erfüllung von der Sicherstellung umfasst ist, ändern. Eine Änderung der rechtlichen Verpflichtungen kann sich insbesondere durch eine Änderung des Bewilligungsbescheides ergeben.“

*42. Dem § 50 Abs. 3 werden folgende Sätze angefügt:*

„Dem Antrag auf Bewilligung eines Vorhabens nach § 5 lit. b und i ist ein Abschlussbetriebsplan vorzulegen. Dieser hat insbesondere eine planliche Darstellung und schriftliche Beschreibung der Endgestaltung bei Schließung oder Stilllegung der Anlage oder eines ihrer Abschnitte sowie Angaben über die Umsetzungsfristen zu enthalten. Eine Anlage nach § 5 lit. b und i ist in Abschnitte zu teilen, die jeweils eine Fläche von 5 ha nicht übersteigen dürfen.“

*43. In § 51 Abs. 1 zweiter Satz wird die Wortfolge „Pflege der Natur“ durch die Wortfolge „Pflege der Natur und/oder der Landschaft“ ersetzt.*

*44. § 51 Abs. 2 lautet:*

„(2) Eine Versagung einer Bewilligung nach diesem Gesetz darf nicht erfolgen, wenn sich die Gründe dafür durch Auflagen beseitigen lassen. Hiedurch darf ein Vorhaben in seinem Wesen nicht verändert werden. Im Rahmen solcher Auflagen können auch Rekultivierungsmaßnahmen vorgeschrieben werden. Bei Anlagen nach § 5 lit. b, die in mehr als zwei Abschnitte geteilt sind, kann die Behörde festlegen, dass nach Öffnung von zwei Abschnitten ein weiterer jeweils nur nach abgeschlossener Rekultivierung des zweitletzten geöffneten Abschnitts geöffnet werden darf. Nähere Vorgaben über die erforderlichen Rekultivierungsmaßnahmen kann die Landesregierung mit Verordnung festlegen.“

*45. § 51 Abs. 4 lautet:*

„(4) Ergibt sich nach Rechtskraft einer Bewilligung, dass die gemäß § 6 Abs. 1 wahrzunehmenden Schutzziele oder das öffentliche Interesse im Sinne des § 6 Abs. 5 trotz Einhaltung allfälliger im Bewilligungsbescheid vorgeschriebener Auflagen nicht hinreichend geschützt sind, kann die Behörde andere oder zusätzliche Auflagen unter Berücksichtigung der für die Bewilligung maßgebenden Interessen vorschreiben. Insbesondere kann die Behörde, soweit dies zum Schutz der in § 6 Abs. 1 genannten Interessen erforderlich ist, die Rekultivierung abgebauter Flächen vorschreiben; nähere Vorgaben über die erforderlichen Rekultivierungsmaßnahmen kann die Landesregierung mit Verordnung festlegen. Die Behörde hat solche Auflagen nur dann vorzuschreiben, wenn diese verhältnismäßig sind und der mit der Erfüllung der Auflage verbundene Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zu dem damit angestrebten Erfolg steht.“

*46. Dem § 51 wird folgender Abs. 5 angefügt:*

„(5) Ergibt sich nach Rechtskraft eines Bescheides, dass die Voraussetzungen, die der Behörde als Grundlage für eine Ausnahmegewilligung gedient haben, nicht mehr gegeben sind, ist Abs. 4 sinngemäß anzuwenden.“

47. Nach § 51 wird folgender § 51a eingefügt:

**„§ 51a**

**Ausgleichsmaßnahmen**

(1) Greifen Vorhaben gemäß § 5 lit. b oder i in erheblichem Umfang in Gebiete ein, für die durch Verordnung gemäß § 6a besondere Entwicklungsziele festgesetzt wurden, so kann die Behörde an Stelle der Untersagung des Vorhabens die angestrebte Bewilligung unter Vorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen erteilen.

(2) Die Erteilung einer Bewilligung unter Vorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen gemäß Abs. 1 ist nur zulässig, wenn die Ausgleichsmaßnahmen alle folgenden Voraussetzungen erfüllen:

1. Die Ausgleichsmaßnahmen werden eine wesentliche Verbesserung des Landschaftsbildes oder des Naturhaushaltes bewirken.
2. Durch die Ausgleichsmaßnahmen werden die nachteiligen Auswirkungen jener Maßnahme, die bewilligt werden soll, zumindest ausgeglichen. Nach Maßgabe der Verfügbarkeit und wirtschaftlichen Zumutbarkeit ist vorzusehen, dass die Ausgleichsmaßnahmen in natura im Projektgebiet bzw. nach Möglichkeit in räumlicher Nähe (im betroffenen oder einem benachbarten Naturraum) vorgeschrieben werden.
3. Die Maßnahmen sind selbst bewilligungsfähig nach den Bestimmungen dieses Gesetzes und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen.“

48. In § 52 erster Satz wird das Zitat „§ 5 lit. a bis g“ durch das Zitat „den § 5 lit. a bis i und § 22e“ ersetzt.

49. § 53 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Bewilligung für eine Anlage zur Entnahme mineralischer Rohstoffe gemäß § 5 lit. b erlischt unbeschadet des Abs. 1, wenn

1. die Betreiberin oder der Betreiber dreimal wegen einer Verwaltungsübertretung nach § 78a Abs. 1 Z 1 bis 3 und Abs. 2 oder einer im Zusammenhang mit dieser Anlage stehenden Zuwiderhandlung gemäß § 78 Abs. 1 und 2 rechtskräftig bestraft wurde, wobei für diese Rechtsfolge lediglich Verwaltungsstrafen, die nach den verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen noch nicht getilgt sind, maßgeblich sind, oder
2. der Abbau eines Abschnitts nicht innerhalb der im Bewilligungsbescheid festgelegten Frist oder sonst nicht innerhalb von fünf Jahren nach seiner Öffnung abgeschlossen oder ein abgebauter Abschnitt nicht innerhalb der im Bewilligungsbescheid oder in der Verordnung gemäß § 51 Abs. 1 bestimmten Frist rekultiviert wird.“

50. Dem § 53 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die in Abs. 1 und Abs. 2 Z 2 genannten Fristen können aus triftigen Gründen verlängert werden, wenn darum vor Ablauf der Frist angesucht wird und dies mit den Interessen des Schutzes und der Pflege der Natur und Landschaft vereinbar ist.“

51. In § 55 Abs. 2 wird das Zitat „§ 53 Abs. 1 lit. c“ durch das Zitat „§ 53 Abs. 1 lit. c oder d oder § 53 Abs. 2“ ersetzt.

52. § 55 Abs. 3 lautet:

„(3) Die Wiederherstellung oder sonstige nach Abs. 2 zu setzende Maßnahmen obliegen in den Fällen, in denen Maßnahmen wesentlich abweichend von einer Bewilligung ausgeführt werden, der Person, die den Antrag gestellt hat sowie deren Rechtsnachfolgerin oder Rechtsnachfolger, im Übrigen jener Person, welche die Maßnahmen veranlasst oder gesetzt hat oder vor dem Erlöschen der Bewilligung deren Inhaberin oder Inhaber war. Kann diese nicht herangezogen werden, obliegt die Verpflichtung der Grundeigentümerin oder dem Grundeigentümer. Trifft letztere und sonstige Berechtigte nicht die Verpflichtung nach dem ersten Satz, so haben diese die Durchführung der Maßnahmen zu dulden.“

53. § 55 Abs. 4 und 5 entfällt.

54. Dem § 56 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Soweit der Geltungsbereich dieses Gesetzes betroffen ist, ist zuständige Behörde für Maßnahmen nach der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 04.11.2014 S. 35, die Landesregierung. Die Landesregierung kann mit Verordnung einzelne Aufgaben an die

Bezirksverwaltungsbehörden delegieren, wenn dies im Interesse der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und Sparsamkeit gelegen ist.“

55. § 61 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Landesregierung hat Sorge zu tragen, dass zur Erfüllung der Aufgaben nach Abs. 1 eine entsprechende Anzahl von Naturschutzorganen hauptamtlich zur Verfügung steht.“

56. In § 66 Abs. 3 wird das Wort „vierteljährlich“ durch das Wort „halbjährlich“ ersetzt.

57. § 75a Abs. 1 und 2 lautet:

„(1) Zur Förderung und Finanzierung von Maßnahmen zur Erreichung der Ziele im Sinne der Abs. 3 und 4 erhebt das Land für den Abbau oder die Entnahme von Bodenmaterialien aus Anlagen zur Gewinnung von Kies, Sand, Schotter, Stein, Lehm und Torf eine Landschaftsschutzabgabe.

(2) Die Landschaftsschutzabgabe fällt zu 60% dem Land Burgenland und zu 40% der jeweiligen Gemeinde, in deren Gebiet der Bodenabbau erfolgt, zu. Das Land hat den Gemeinden die Ertragsanteile bis 15. April des Folgejahres zu überweisen.“

58. Die §§ 75b bis 75d lauten:

#### **„§ 75b**

##### **Abgabenschuldnerin/Abgabenschuldner, Ausmaß**

(1) Zur Entrichtung der Landschaftsschutzabgabe ist nach Maßgabe des Abs. 2 die Inhaberin oder der Inhaber einer Bewilligung zum Betrieb einer Anlage zur Entnahme mineralischer Rohstoffe gemäß § 5 lit. b verpflichtet.

(2) Die Landschaftsschutzabgabe beträgt 0,43 Euro pro m<sup>3</sup> der im Bewilligungsbescheid zum Abbau freigegebenen Kubatur. Das oberflächige Bodenaushubmaterial (humoser Oberboden und Zwischenboden) der Anlage ist in die Bemessungsgrundlage nicht einzurechnen. Über dieses Volumen hat die oder der Abgabepflichtige der Abgabenbehörde eine entsprechende Bestätigung durch eine einschlägig ausgebildete und hiezu befugte Fachkraft beizubringen.

(3) Die Landesregierung hat durch Verordnung den in Abs. 2 genannten Abgabensatz neu festzusetzen, wenn sich der von der Statistik Austria verlaubliche Verbraucherpreisindex 2010 seit der letzten Festsetzung bis Juli des Vorjahres um mindestens 10% geändert hat. Dabei sind die Kommastellen auf einen ganzen Centbetrag abzurunden. Grundlage für die erstmalige Neufestsetzung ist der für den Jänner 2016 von der Statistik Austria verlaubliche Verbraucherpreisindex 2010.

#### **§ 75c**

##### **Abgabenschuld, Fälligkeit, Neufestsetzung und Abrechnung der Abgabe**

(1) Der Abgabensanspruch entsteht mit dem Eintritt der Rechtskraft des Bewilligungsbescheides.

(2) Die Höhe der Abgabe und die Laufzeit der Bewilligung sind im Bescheid festzusetzen. Die Abgabe ist in gleich hohen Teilbeträgen zu entrichten. Die Höhe der Gesamtabgabe geteilt durch die Anzahl der Kalendervierteljahre (einschließlich der nicht vollen Kalendervierteljahre), die innerhalb der Laufzeit der Bewilligung liegen, ergibt den Teilbetrag für ein Kalendervierteljahr. Die Abgabe wird an dem der Rechtskraft des Bewilligungsbescheides folgenden 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeweils im Ausmaß des für das (allenfalls nicht volle) Kalendervierteljahr vorgesehenen Teilbetrags fällig. Sofern die Rechtskraft des Festsetzungsbescheides nach dem Fälligkeitstag dieses Kalendervierteljahres eintritt, ist der für dieses (allenfalls nicht volle) Kalendervierteljahr zu entrichtende Teilbetrag spätestens einen Monat nach Rechtskraft des Festsetzungsbescheides zu entrichten.

(3) Der oder die Abgabepflichtige hat den Teilbetrag der Abgabe spätestens am Fälligkeitstag an das Land zu entrichten.

(4) Wird der Abgabensatz gemäß § 75b Abs. 2 aufgrund einer Verordnung gemäß § 75b Abs. 3 neu festgesetzt, ist die Abgabe für jene Teile der festgesetzten Landschaftsschutzabgabe, die bis zur Neufestsetzung des Abgabensatzes noch nicht fällig geworden sind, unter Heranziehung des neuen Abgabensatzes neu festzusetzen.

(5) Erlischt die Bewilligung für die Anlage zur Entnahme mineralischer Rohstoffe gemäß § 5 lit. b vor dem Ende der im Bewilligungsbescheid festgelegten Abbauzeit, so hat die oder der Abgabepflichtige der Behörde jene Unterlagen vorzulegen, aus denen sich ergibt, in welchem Umfang ein Abbau bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt ist. Die oder der Abgabepflichtige hat den Umfang des Abbaus durch eine einschlägig ausgebildete und hiezu befugte Fachkraft bestätigen zu lassen. Die Behörde stellt



mit Bescheid fest, ob bzw. in welchem Umfang die entrichtete Abgabe von jenem Betrag abweicht, der sich aus der Multiplikation der tatsächlich abgebauten Kubatur mit dem geltenden Abgabesatz pro m<sup>3</sup> ergäbe. Ein sich daraus ergebender Überschuss ist der oder dem Abgabepflichtigen über Antrag zu erstatten und ein Fehlbetrag von der oder dem Abgabepflichtigen innerhalb eines Monats nach Rechtskraft dieses Bescheides an die Abgabebehörde zu entrichten.

#### **§ 75d**

##### **Abgabebehörden**

Die erstmalige Festsetzung der Abgabe obliegt jener Behörde, die gemäß § 52 für die Bewilligung der Errichtung und Erweiterung der Anlage gemäß § 5 lit. b zuständig ist oder zuständig wäre. Die Einhebung und zwangsweise Einbringung sowie die Neufestsetzung der Abgabe gemäß § 75c Abs. 4 und die übrigen Aufgaben der Abgabenbehörde obliegen der Landesregierung.“

59. In § 76a Abs. 1 wird im ersten und im letzten Satz jeweils das Zitat „Richtlinie 92/43/EWG“ durch das Wort „FFH-Richtlinie“ ersetzt.

60. § 76a Abs. 2 und 3 lautet:

„(2) Die Landesregierung hat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften alle zwei Jahre einen mit dem vom Ausschuss (Abs. 1) festgelegten Modell übereinstimmenden Bericht über die nach § 18 Abs. 3 und 4 (Art. 16 der FFH-Richtlinie) erteilten Ausnahmegewilligungen vorzulegen.

(3) Die Landesregierung hat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften alle drei Jahre einen Bericht über die Anwendung der Bestimmungen der VS-Richtlinie sowie jährlich einen Bericht über Ausnahmegewilligungen gemäß § 18 Abs. 3 und 5 (Art. 9 der VS-Richtlinie) zu übermitteln.“

61. § 78 Abs. 1 lautet:

„(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist mit einer Geldstrafe bis zu 3 600 Euro, im Falle wiederholter und schwerwiegender Übertretungen mit einer Geldstrafe bis zu 7 300 Euro, zu bestrafen, wer

1. den Bestimmungen oder den auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen Bescheiden und Entscheidungen der §§ 5, 7 Abs. 2, §§ 9, 11, 11a, 12 Abs. 1, § 13 Abs. 1 und 2, § 14 Abs. 1 und 2, § 15a Abs. 1, 4 und 5, § 16 Abs. 1, 2, 5 und 6, § 17 Abs. 1 und 2, § 20 Abs. 1 und 5, § 22d Abs. 4, § 25 Abs. 5, § 26 Abs. 3, § 28 Abs. 1, § 31 Abs. 1, 2 und 4, § 32 Abs. 3, §§ 36, 40 Abs. 1 und 3, §§ 41, 42 Abs. 1, §§ 43, 46 Abs. 1, § 47 Abs. 3, 4 und 5, § 49 Abs. 1, 2 und 5, § 51 Abs. 4, § 54 Abs. 1, § 55 Abs. 1, § 71 Abs. 1 und 3, §§ 74 und 81 Abs. 19 oder
2. den auf Grund der § 14 Abs. 3, § 15a Abs. 2 und 3, § 16 Abs. 3 und 4, § 16a Abs. 3, §§ 21, 21a, 22a Abs. 4 lit. a, § 22b Abs. 1, § 22c Abs. 1, § 23 Abs. 1 und 2, § 24 Abs. 1, §§ 38, 39 und 42 Abs. 3 erlassenen Verordnungen oder den auf Grund dieser Verordnungen erlassenen Bescheiden und Entscheidungen oder
3. den auf Grund der §§ 15a Abs. 4 und § 16 Abs. 7 erlassenen Bescheiden und Entscheidungen zuwiderhandelt oder
4. trotz Erlöschen der Bewilligung gemäß § 53 Abs. 1 lit. c oder d oder § 53 Abs. 2 den rechtmäßigen Zustand nicht wiederherstellt oder
5. den auf Grund der gemäß § 81 Abs. 2 als Landesgesetz weiter geltenden Verordnungen und den auf Grund dieser Verordnungen erlassenen Bescheiden und Entscheidungen zuwiderhandelt oder
6. im Rahmen des Geltungsbereiches dieses Gesetzes den Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 04.11.2014 S. 35, oder den auf Grund dieser Verordnung erlassenen Maßnahmen zuwiderhandelt.“

62. In § 78 Abs. 3 wird das Zitat „§ 72 Strafgesetzbuch - StGB, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 112/2007,“ durch das Zitat „§ 72 des Strafgesetzbuches - StGB, BGBl. Nr. 60/1074, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 113/2015,“ ersetzt.

63. Nach § 78 wird folgender § 78a eingefügt:

#### **„§ 78a**

##### **Strafbestimmungen im Zusammenhang mit der Landschaftsschutzabgabe**

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

1. durch Handlungen und Unterlassungen die Landschaftsschutzabgabe hinterzieht oder verkürzt,

2. die gemäß § 75c Abs. 3 fällige Abgabe trotz Mahnung nicht spätestens an dem in der Mahnung festgelegten Termin entrichtet,
3. es trotz Mahnung unterlässt, gemäß § 81 Abs. 18 rechtzeitig jene Unterlagen vorzulegen, aus denen sich der Umfang der Bewilligung ergibt,
4. es trotz Mahnung unterlässt, gemäß § 81a Z 1 rechtzeitig jene Unterlagen vorzulegen, aus denen sich der Umfang der Bewilligung und der Umfang des bereits erfolgten Abbaus ergibt.

(2) Der Versuch der Abgabenhinterziehung ist strafbar.

(3) Verwaltungsübertretungen nach Abs. 1 Z 1 und 2 sind jeweils mit einer Geldstrafe bis zu 30 000 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen, und Verwaltungsübertretungen nach Abs. 1 Z 3 und 4 sind jeweils mit einer Geldstrafe bis 3 000 Euro, im Fall der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu einer Woche, zu bestrafen.

(4) Die Geldstrafen fließen dem Land zu und sind gemäß § 75 Abs. 2 lit. e dem Landschaftspflegefonds zuzuleiten.“

64. Dem § 80 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) § 1 Abs. 1 und 3, § 3 lit. b bis d, der Einleitungssatz des § 5, § 5 lit. b, h und i, § 6 Abs. 1, 2 und 3a, §§ 6a und 7 Abs. 1, §§ 11, 11a, 15a, 16 Abs. 1 und 2, die Überschrift des § 16a, § 16a Abs. 1 und 4, § 18 Abs. 3 bis 6, die Überschrift des § 22, § 22 Abs. 5, §§ 22a, 22b Abs. 1, § 22c Abs. 1, 3 und 6, die Überschrift des § 22d, § 22d Abs. 1 bis 3, 5 und 6, § 48 Abs. 1, §§ 49, 50 Abs. 3, § 51 Abs. 1, 2, 4 und 5, §§ 51a, 52, 53 Abs. 2 und 3, § 55 Abs. 2 und 3, § 56 Abs. 4, § 61 Abs. 2, § 66 Abs. 3, § 75a Abs. 1 und 2, §§ 75b bis 75d, 76a Abs. 1 bis 3, § 78 Abs. 1 und 3, §§ 78a, 81 Abs. 4, 6, 18 bis 20, § 81a sowie die Anlage des Gesetzes in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx treten mit dem auf den Tag der Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft; gleichzeitig entfallen § 55 Abs. 4 und 5 und § 82.“

65. In § 81 Abs. 4 wird die Wortfolge „nach Maßgabe des § 22 Abs. 3“ durch die Wortfolge „nach Maßgabe des § 21a Abs. 3“ ersetzt.

66. Dem § 81 Abs. 6 wird folgender Satz angefügt:

„Die Verbotstatbestände des § 2 der Natur- und Landschaftsschutzverordnung Neusiedlersee, LGBl. Nr. 22/1980, gelten als bewilligungspflichtige Maßnahmen.“

67. Dem § 81 werden folgende Abs. 18 bis 20 angefügt:

„(18) Für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx bereits bestehende und nach anderen Rechtsvorschriften genehmigte Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe einschließlich der Endgestaltung von Abbaustätten gilt die Bewilligung nach diesem Gesetz als erteilt. Zur Bestimmung des Umfangs der Bewilligung hat die oder der Berechtigte der Behörde bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx jene Unterlagen vorzulegen, aus denen sich der Bewilligungsumfang entnehmen lässt.

(19) Für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx bereits bestehenden Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe gemäß Abs. 18 und nach § 5 lit. b bewilligten Anlagen ist eine Sicherheitsleistung für die Ausführung der Maßnahmen bzw. Auflagen zur Endgestaltung der offenen, noch nicht endgestalteten Abschnitte in Höhe der voraussichtlichen Ausführungskosten vorzuschreiben. Die erste Sicherheitsleistung für diese Anlagen ist frühestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx zu erbringen. Die Vorschreibung einer Sicherheitsleistung hat insoweit zu unterbleiben, als für denselben Sicherungszweck bereits aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine Sicherheitsleistung zu erbringen ist. § 49 Abs. 3 bis 5 gilt sinngemäß. Eine Neufestsetzung ist jedenfalls vorzunehmen, wenn sich die im letzten Sicherstellungsbescheid zugrunde gelegte offene Fläche um mehr als 5 ha vergrößert oder verkleinert hat.

(20) Für den bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx in einer Kies-, Sand-, Schotter-, Stein- oder Lehmbaubauanlage erfolgten Abbau gelten die bis zu diesem Zeitpunkt geltenden abgabenrechtlichen Bestimmungen weiter.“

68. Nach § 81 wird folgender § 81a eingefügt:

#### **„§ 81a**

##### **Festsetzung der Landschaftsschutzabgabe für bestehende Anlagen**

Für bestehende Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe gemäß § 81 Abs. 15 und auf bereits erteilte Bewilligungen nach § 5 lit. b finden die §§ 75b und 75c mit folgender Maßgabe Anwendung:

1. Bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx haben die Inhaber bestehender Anlagen bzw. aufrechter Bewilligungen der Behörde jene Unterlagen vorzulegen, denen sich der Bewilligungsumfang entnehmen lässt, sowie Unterlagen, aus denen sich ergibt, in welchem Umfang ein Abbau bis zum Inkrafttreten des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx bereits erfolgt ist. Anlässlich der Vorlage dieser Unterlagen kann die Bewilligungsinhaberin oder der Bewilligungsinhaber gegenüber der Behörde erklären, auf welche Teile ihrer oder seiner Bewilligung sie oder er verzichten möchte. Die Behörde stellt mit Bescheid den Umfang der bis zum Inkrafttreten des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx noch nicht konsumierten und nicht verzichteten Bewilligung fest. Mit der Rechtskraft dieses Bescheides erlischt die Bewilligung im verzichteten Ausmaß.
2. Für Zwecke der Erhebung der Landschaftsschutzabgabe gilt der Bescheid über die Feststellung des ab Inkrafttreten des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx noch zu konsumierenden Bewilligungsausmaßes als Bewilligungsbescheid gemäß § 75c Abs. 1.
3. Die Höhe der Gesamtabgabe geteilt durch die Anzahl der Kalendervierteljahre (einschließlich der nicht vollen Kalendervierteljahre), die innerhalb der Laufzeit der Bewilligung liegen, beginnend mit dem Inkrafttreten des Gesetzes LGBl. Nr. xx/20xx., ergibt den Teilbetrag für ein Kalendervierteljahr. Die Abgabe wird an dem der Rechtskraft des Festsetzungsbescheides folgenden 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November im Ausmaß des für das jeweilige Kalendervierteljahr der Laufzeit vorgesehenen Teilbetrags fällig. Spätestens mit dem ersten Fälligkeitstag nach Rechtskraft des Festsetzungsbescheides sind auch jene Teilbeträge zu entrichten, die sich für die (allenfalls nicht vollen) Kalendervierteljahre vor diesem Zeitpunkt ergeben.“

69. § 82 entfällt.

70. Die Anlage des Gesetzes lautet:

**„Anlage**

### **Leitfaden für die Naturverträglichkeitserklärung**

Im Zuge der Antragstellung gemäß § 22e Abs.1 Burgenländisches Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz 1990 ist eine Naturverträglichkeitserklärung vorzulegen. Diese Unterlage dient der Beurteilung der Wirkung des Vorhabens (Plan oder Projekt) auf die Schutzziele des Natura 2000-Gebiets, die den Europaschutzgebietsverordnungen und den der Europäischen Kommission übermittelten Standarddatenbögen zu entnehmen sind. Sie hat folgende Angaben zu enthalten:

#### **A. Naturverträglichkeitserklärung Projekte:**

1. Beschreibung des Vorhabens nach Standort, Art und Umfang, insbesondere:
  - a) Beschreibung der physischen Merkmale des gesamten Projekts einschließlich des Bedarfs an Grund und Boden während des Bauens und des Betriebs;
  - b) Beschreibung der wichtigsten Merkmale der Produktions- oder Verarbeitungsprozesse, insbesondere hinsichtlich Art und Menge der verwendeten Materialien;
  - c) Art und Menge der zu erwartenden Rückstände und Emissionen (Belastung des Wassers, der Luft und des Bodens, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlung usw.), die sich aus der Verwirklichung und dem Betrieb ergeben;
  - d) die durch das Vorhaben entstehende Immissionszunahme;
  - e) Bestandsdauer des Vorhabens und Maßnahmen zur Nachsorge sowie allfällige Maßnahmen zur Beweissicherung und zur begleitenden Kontrolle.
2. Eine Übersicht über die wichtigsten anderen von der Projektwerberin oder dem Projektwerber geprüften Lösungsmöglichkeiten und Angabe der wesentlichen Auswahlgründe im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Gebiet; die von der Projektwerberin oder dem Projektwerber geprüften Standort- oder Trassenvarianten.
3. Beschreibung der möglicherweise vom Vorhaben erheblich oder nachteilig beeinträchtigten Schutzziele des Natura 2000-Gebiets.
4. Beschreibung der möglichen erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzziele des Natura 2000-Gebiets infolge
  - a) der Verwirklichung und des Vorhandenseins des Vorhabens;
  - b) der Nutzung der natürlichen Ressourcen;
  - c) der Emission von Schadstoffen, der Verursachung von Belästigungen und der Art, Menge und Entsorgung von Abfällen sowie Angaben über die zur Abschätzung der Umweltauswirkungen angewandten Methoden.

5. Beschreibung der Maßnahmen, mit denen wesentliche nachteilige Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzziele des Natura 2000-Gebiets vermieden, eingeschränkt oder - soweit möglich - ausgeglichen werden sollen.
6. Eine allgemein verständliche Zusammenfassung der Informationen gemäß Z 1 bis 5.

#### **B. Naturverträglichkeitserklärung Pläne:**

1. Beschreibung des Plans nach Art und räumlichem Bezug, insbesondere:
  - a) Inhaltliche Beschreibung des Plans einschließlich möglichst genauer Bezeichnung der von der Verwirklichung des Plans direkt oder indirekt betroffenen Flächen;
  - b) Beschreibung der wichtigsten absehbaren Auswirkungen der Verwirklichung des Plans auf die betroffenen Flächen (zB Verbauung, Änderung der Nutzung, Maßnahmen der Infrastruktur, allfällige Immissionszunahmen etc.);
  - c) gegebenenfalls Entwicklung von Szenarien, die möglichen Varianten zur Verwirklichung des Plans entsprechen;
  - d) Zeitrahmen für die Verwirklichung des Plans bzw. Bestandsdauer der durch den Plan ermöglichten Vorhaben sowie allfällige Maßnahmen zur Beweissicherung und zur begleitenden Kontrolle.
2. Eine Übersicht über die wichtigsten anderen von der Projektwerberin oder dem Projektwerber geprüften Alternativmöglichkeiten und Angabe der wesentlichen Auswahlgründe im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Gebiet; die von der Projektwerberin oder dem Projektwerber geprüften Planvarianten.
3. Beschreibung der möglicherweise von der Verwirklichung des Plans erheblich oder nachteilig beeinträchtigten Schutzziele des Natura 2000-Gebiets.
4. Beschreibung der möglichen erheblichen Auswirkungen der Verwirklichung des Plans auf die Schutzziele des Natura 2000-Gebiets infolge
  - a) der unmittelbar in Umsetzung des Plans erfolgenden Maßnahmen (Bauvorhaben, Nutzungsänderungen etc.),
  - b) der aus der Realisierung der oben genannten Maßnahmen absehbaren Folgewirkungen (Störungen, Immissionen etc.).
5. Beschreibung der Maßnahmen, mit denen wesentliche nachteilige Auswirkungen des Plans auf die Schutzziele des Natura 2000-Gebiets vermieden, eingeschränkt oder - soweit möglich - ausgeglichen werden sollen.
6. Eine allgemein verständliche Zusammenfassung der Informationen gemäß Z 1 bis 5.

#### **C. Gemeinsame Bestimmungen:**

Die Unterlagen gemäß Punkt A oder B sind gemäß § 50 Abs. 4 des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz 1990 zur Beurteilung der voraussichtlichen Auswirkungen auf das Natura 2000-Gebiet von der Antragstellerin oder dem Antragsteller vorzulegen.

#### **Einbeziehung der Sachverständigen:**

Der Antrag und die Naturverträglichkeitserklärung sind der Behörde zur Weiterleitung an die jeweiligen Sachverständigen zur Stellungnahme zu übermitteln.

#### **Beteiligung der Öffentlichkeit:**

Die Naturverträglichkeitserklärung ist zur allgemeinen Einsicht in der Standortgemeinde und bei der für die Vollziehung dieses Gesetzes zuständigen Abteilung im Amt der Burgenländischen Landesregierung zur allgemeinen Einsicht und Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme für jedermann zwei Wochen aufzulegen. Das Ergebnis dieser öffentlichen Auflage ist bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Nach der Entscheidungsfindung ist der Bescheid im Internet durch zwei Wochen zu veröffentlichen.“

## Vorblatt

### Probleme:

1. Die Vollziehung der Landschaftsschutzabgabe hat mehrere Probleme aufgezeigt: Der Abgabensatz ist seit der Einführung der Abgabe unverändert geblieben. Die Kontrolle der abgebauten Menge, die als Bemessungsgrundlage dient, ist mit den derzeitigen Mitteln in der Praxis schwer zu kontrollieren. Bei manchen bestehenden Gruben besteht ein Bedarf nach Umsetzung von Rekultivierungsmaßnahmen und Regelung der Endgestaltung der Abbaustätten. Hiefür stehen derzeit der Behörde keine ausreichenden Eingriffs- und Steuerungsinstrumente zur Verfügung.
2. Nach der mit Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes VfSlg. 18.652/2008 erfolgten Aufhebung des § 11 Abs. 2 lit. c und d NG 1990, mit dem bestimmte Arten von Werbungen verboten waren, sind verschiedene Maßnahmen der Werbung in der freien Landschaft landschaftsschutzrechtlich nicht geregelt. Im Lichte dieses Erkenntnisses erscheinen auch die Verbotstatbestände über Werbemaßnahmen nach § 11 Abs. 2 lit. a und b verfassungsrechtlich bedenklich und bedürfen einer Neuregelung.
3. Nach den Naturschutzrichtlinien der EU kann trotz negativer Ergebnisse der Verträglichkeitsprüfung aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses ein Plan oder ein Projekt durchgeführt werden, wenn die im Gesetz näher bestimmten Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen. Die derzeitige Regelung des § 22d normiert lediglich, dass bei Vorliegen dieser Tatbestände Ausnahmen von den Verböten, die in den Europaschutzgebietsverordnungen erlassen wurden, erteilt werden können. Eine ausdrückliche Bestimmung, dass bei Vorliegen der im Gesetz genannten europarechtlichen Tatbestände die Bewilligung auch bei erheblichen Eingriffen erteilt werden kann, besteht nicht. Hier besteht ein legislatischer Anpassungsbedarf nach Verankerung einer derartigen Regelung.
4. Die Gemeinden haben in Naturverträglichkeitsprüfungsverfahren nach § 22e keine Parteistellung. Da gerade bei Plänen oder Projekten mit potenzieller Beeinträchtigung der durch die EU-Naturschutzrichtlinien geschützten Tiere, Pflanzen und Lebensräume die Interessen der Gemeinden zumindest in gleicher Weise berührt werden können wie bei bewilligungspflichtigen Maßnahmen gemäß § 5 NG 1990, erscheint es zweckmäßig, den Gemeinden auch in diesen Fällen Parteistellung einzuräumen.
5. Sofern es keine anderwertige zufriedenstellende Lösung gibt und unter der Bedingung, dass die Populationen der betroffenen Arten in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen, können die Mitgliedstaaten gemäß Art. 16 der FFH-Richtlinie und Art. 9 der VS-Richtlinie von bestimmten Schutzbestimmungen bei Vorliegen konkret bestimmter Tatbestände abweichen. Diese Richtlinienbestimmungen sind im NG 1990 lediglich durch Verweis auf die genannten Artikel der Richtlinien umgesetzt. Darin könnte eine ungenügende Richtlinienumsetzung erblickt werden.
6. Der Leitfaden in der Anlage zum NG 1990 bestimmt unter anderem, welche Unterlagen im Zuge einer Naturverträglichkeitserklärung vorzulegen sind. Da er nicht zwischen Plänen und Projekten unterscheidet, ergeben sich in der Praxis oft Unsicherheiten über die vorzulegenden Unterlagen.
7. Die Zitierungen der FFH-Richtlinie und der VS-Richtlinie entsprechen nicht mehr dem Stand der aktuellen Fassungen. Andererseits werden in zahlreichen Bestimmungen des NG 1990 die EU-Naturschutzrichtlinien jeweils mit ihrem vollen amtlichen Titel samt Fundstellen zitiert. Das erschwert die Lesbarkeit des Gesetzes.
8. Aufgrund der Übergangsbestimmungen des § 81 Abs. 2 NG 1990 gelten Verordnungen, die aufgrund des Naturschutzgesetzes 1961 erlassen wurden, als landesgesetzliche Regelungen weiter, sofern in diesem Gesetz nicht gesonderte Regelungen getroffen worden sind oder diese Verordnungen nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechen. Da das NG 1990 mehrmals novelliert wurde, ist es für den Rechtsunterworfenen vor allem in der Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 16. Juli 1980, mit der der Neusiedlersee und seine Umgebung zum Natur- und Landschaftsschutzgebiet erklärt wird, oft schwer zu unterscheiden, ob bzw. welche Verbote der Verordnung in dieser Form noch gelten. Es besteht ein Bedarf nach einer Klarstellung darüber, welches Schutzregime für diese Tatbestände gilt.

## **Ziel und Inhalt:**

1. Neben der bisherigen Bewilligungspflicht für die Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Entnahme von mineralischen Stoffen für die Verfüllung solcher Anlagen soll auch die Endgestaltung solcher Anlagen sowie die Errichtung, Erweiterung und Endgestaltung anderer Anlagen zur Ablagerung von Abfällen bewilligungspflichtig werden. Präzisierung von Kriterien zur Beurteilung der Frage, ob die Verfüllung einer Abbauanlage eine wesentliche Störung für das Beziehungs- und Wirkungsgefüge der heimischen Tier- und Pflanzenwelt untereinander und zu ihrer Umwelt erwarten lässt. Ermächtigung der Landesregierung, durch Verordnung Entwicklungsziele für Gebiete festzulegen, in denen wertvolle Landschafts- und Lebensräume erhalten oder solche entstehen oder in denen besonders schutzwürdige Arten erhalten werden sollen. Einführung einer zusätzlichen Bewilligungsvoraussetzung, dass bewilligungspflichtige Maßnahmen und Vorhaben diesen Entwicklungszielen nicht entgegenstehen dürfen. Verpflichtung zur Unterteilung einer Anlage zur Gewinnung von mineralischen Rohstoffen und Anlagen zur Ablagerung von Abfällen in Abschnitte. Ermächtigung zur Erteilung von Rekultivierungsaufgaben und Ermächtigung der Landesregierung, mit Verordnung Vorgaben für die Rekultivierung festzulegen. Verankerung der Verpflichtung zur Sicherheitsleistung für die abschnittsweise Endgestaltung der Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe, soweit für denselben Sicherungszweck nicht bereits aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine Sicherheitsleistung zu erbringen ist.

Umstellung der Bemessungsgrundlage für die Landschaftsschutzabgabe dahingehend, dass anstelle der abgebauten Tonnenmenge die zum Abbau bewilligte Kubikmetermenge herangezogen wird. Erhöhung des Abgabensatzes - kalkuliert nach der bisherigen Regelung - von 0,22 Euro auf 0,24 Euro pro Tonne. Dies entspricht unter Heranziehung des bisher von den Unternehmen durchschnittlich verwendeten Umrechnungsfaktors von 1,8 Tonnen pro 1 m<sup>3</sup> einem Abgabensatz von 0,432 Euro pro Kubikmeter bewilligten Abbaumaterials. Anstelle der Gemeinden soll grundsätzlich die Landesregierung als Abgabenbehörde eingesetzt werden. In Fällen, in denen die Bezirksverwaltungsbehörde Bewilligungsbehörde des Abbaubetriebes ist, soll diese für die Festsetzung der Abgabe zuständig sein.

2. Einführung eines Bewilligungsverfahrens für die Errichtung bestimmter Werbeeinrichtungen, in welchem die Landschaftsverträglichkeit dieser Maßnahmen geprüft wird.
3. Klarstellung durch Einführung einer ausdrücklichen Bestimmung, dass bei Vorliegen der im Gesetz genannten europarechtlichen Tatbestände die Bewilligung eines Plans und Projekts auch bei erheblichen Eingriffen erteilt werden kann.
4. Einräumung der Parteistellung für Gemeinden in Naturverträglichkeitsprüfungsverfahren.
5. Ausdrückliche gesetzliche Anführung der in den EU-Naturschutzrichtlinien genannten Tatbestände, bei deren Vorliegen Ausnahmen von Bestimmungen betreffend den Pflanzen- und Tierartenschutz erteilt werden können.
6. Neufassung des Leitfadens für die Vorlage der Naturverträglichkeitserklärung.
7. Einführung legislativer Abkürzungen von Bezeichnungen der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und Anpassung der Zitierungen.
8. Die in der Natur- und Landschaftsschutzverordnung Neusiedlersee normierten Verbote sollen als bewilligungspflichtige Tatbestände nach dem NG 1990 gelten.

## **Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Burgenland:**

Für die Betreiber der Gewinnungsstätten ist die geplante Erhöhung des Abgabensatzes der Landschaftsschutzabgabe um 0,02 Euro pro Tonne (unter Heranziehung des Umrechnungsfaktors von 1,8 Tonnen pro 1 m<sup>3</sup>) weit günstiger als die Indexanpassung nach der geltenden Regelung, die eine Erhöhung von 64,5 % bedeuten würde (Baukostenindex für Wohnhaus- und Siedlungsbau Jänner 1995 bis Jänner 2014).

Es ist nicht zu erwarten, dass Kunden von Abbaubetrieben infolge der Erhöhung der Landschaftsschutzabgabe auf Anbieter außerhalb des Burgenlandes wechseln. Ausgehend davon, dass die Landschaftsschutzabgabe auf den Schotterpreis umgelegt wird, würde der Kunde bei einem beispielhaft angenommenen Schotterpreis von derzeit 6 Euro pro Tonne nach der neuen Regelung einen Preis von 6,02 Euro zu bezahlen haben. Dies würde für den Kunden eine Steigerung um 0,33% bedeuten.

Da die Entrichtung von gleichbleibenden Teilbeträgen mit dem tatsächlichen Abbau innerhalb eines Jahres nicht korrelieren muss, kann in einigen Fällen die Abgabentrachtung wirtschaftlich als „Vorauszahlung“ gewertet werden. Um solche Fälle möglichst zu vermeiden, wird die Entrichtung der Abgabe in Teilbeträgen vorgesehen, die dem Verhältnis eines Jahresquartals zum bescheidmäßig festgelegten Abbaue Zeitraum entsprechen.

Das geltende Gesetz ermächtigt die Behörde zur Vorschreibung einer Sicherheitsleistung für die Umsetzung der im Bewilligungsbescheid vorgesehenen Auflagen bzw. Maßnahmen. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll die Vorschreibung der Sicherheitsleistung für die Endgestaltung von Abschnitten einer Anlage zum Abbau mineralischer Rohstoffe verpflichtend eingeführt werden. Damit wird in diesem Punkt ein dem Abfallwirtschaftsgesetz des Bundes vergleichbares Sicherheitsleistungsregime eingeführt. Aus Gründen der Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Sicherheitsleistung wird normiert, dass deren Vorschreibung zu unterbleiben hat, soweit für denselben Sicherungszweck bereits aufgrund anderer Rechtsvorschriften eine Sicherheitsleistung zu erbringen ist. Keine Sicherheitsleistung wird somit zB für jene Maßnahmen der Verfüllung und Endgestaltung zu leisten sein, die der abfallwirtschaftsrechtlichen Genehmigungspflicht unterliegen und für die bereits nach dem Abfallwirtschaftsrecht eine Sicherheitsleistung zu erbringen ist.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2014 betrug der dem Land Burgenland überwiesene Hälfteanteil am Jahresaufkommen aus der Landschaftsschutzabgabe 374.714,55 Euro. Ebensoviel verblieb im Jahresdurchschnitt der letzten sieben Jahre den Gemeinden (Aufteilung 50% Land und 50% Gemeinden). Bei Steigerung des Hebesatzes um 0,02 Euro pro Tonne (unter Heranziehung des Umrechnungsfaktors von 1,8 Tonnen pro 1 m<sup>3</sup>) und der Änderung des Aufteilungsschlüssels (60% Land zu 40% Gemeinden) würde sich der dem Land zufallende Abgabenertragsanteil gemessen am durchschnittlichen Jahresaufkommen der letzten sieben Jahre auf einen Jahresbetrag von 488.264,42 Euro erhöhen, was einer Steigerung von rund 30% entspricht. Den Gemeinden würde ein Betrag von 325.509,61 Euro zufallen. Die relative Verminderung des Gemeindeanteils wird zum Teil dadurch kompensiert, dass deren Aufgabe, die Landschaftsschutzabgabe im übertragenen Wirkungsbereich des Landes vorzuschreiben, einzuheben und zwangsweise einzubringen, entfällt und hinkünftig von Behörden des Landes besorgt wird.

Da die Inhaber bestehender Anlagen erst nach Abschluss eines Abgabefestsetzungsverfahrens, welches mehrere Monate in Anspruch nehmen kann, zur Abgabentrachtung verpflichtet sein werden, kann es im ersten Jahr nach Inkrafttreten dieser Gesetzesnovelle zu Mindereinnahmen kommen. Diese sollten aber im darauffolgenden Jahr dadurch kompensiert werden, dass die Abgabepflichtigen einen Monat nach Rechtskraft des Abgabefestsetzungsbescheides die Teilbeträge der Abgabe in jenem Ausmaß nachträglich zu entrichten haben werden, der dem Zeitraum zwischen dem Inkrafttreten der Gesetzesnovelle und der Erlassung des Festsetzungsbescheides entspricht.

Für das Land entsteht durch die Umstellung der Behördenzuständigkeit und der Bemessungsgrundlage insofern ein einmaliger Personalaufwand, als die zuständigen Landesbehörden für die bestehenden Abbaubetriebe die neue Bemessungsgrundlage für die Abgabe zu ermitteln und festzustellen haben. Unter der Annahme, dass hierfür ein Sachbearbeiter der Verwendungsgruppe b und ein Amtssachverständiger der Verwendungsgruppe a im Durchschnitt je etwa 8 Stunden, ein Bediensteter der Verwendungsgruppe a und ein Bediensteter der Verwendungsgruppe d jeweils etwa 0,5 Stunden pro Betriebsstätte benötigen, wäre für die zu erwarteten rund 78 Verfahren (=Anzahl der Betriebsstätten laut Montanhandbuch 2012) ein einmaliger Personalaufwand in Höhe von 87.597,-- Euro zu veranschlagen.

Für die Wahrnehmung der nach der Bundesabgabenordnung für die Abgabeneinhebung vorgesehen Aufgaben (Erfassung, Mahnung, Vorschreibung von Säumniszuschlägen, Vollstreckungsmaßnahmen udgl.) sowie die Aufgaben der Verrechnung der Abgabe mit den Gemeinden wird ein jährlicher Personalaufwand für einen Bediensteten der Verwendungsgruppe a von einer halben Stunde pro Fall, eines Bediensteten der Verwendungsgruppe b von etwa 4 Stunden pro Fall und eines Bediensteten der Verwendungsgruppe d von etwa einer halben Stunde pro Fall geschätzt. Dies entspricht unter Heranziehung der durchschnittlichen Stundensätze einem Personalaufwand von 21.693,-- Euro pro Jahr.

Gemäß § 6a kann die Landesregierung durch Verordnung für genau zu bezeichnende Gebiete, in denen wertvolle natürliche Landschafts- bzw. Lebensräume erhalten werden oder in denen solche entstehen sollen, besondere Entwicklungsziele zur Erhaltung bzw. Schaffung wertvoller natürlicher Landschafts- bzw. Lebensräume und zur Erhaltung besonders schützenswerter Arten festlegen sowie die Methoden für die Ermittlung und Berechnung von Ausgleichsmaßnahmen (§ 51a) bestimmen, wobei vorzusehen ist, dass Eingriffe - nach Maßgabe der Verfügbarkeit und wirtschaftlichen Zumutbarkeit - in natura im Projektgebiet bzw. nach Möglichkeit in räumlicher Nähe (im betroffenen oder in einem benachbarten Naturraum) auf gleichartige, ähnliche oder andere Weise ausgeglichen werden sollen.

Für die Erarbeitung dieser Entwicklungsziele und der Methoden für die Ermittlung und Berechnung von Ausgleichsmaßnahmen werden Grundlagenarbeiten erforderlich sein, für die Werkverträge mit einschlägigen Fachexperten abzuschließen sein werden. Hiefür wird pro Gebiet ein Betrag von 30 000 Euro veranschlagt.

Schließlich ergibt sich durch die Einführung der Bewilligungspflicht für die bisher verbotenen Werbeeinrichtungen gemäß § 11a ein zusätzlicher Personalkostenaufwand. Bei geschätzten 100 Verfahren pro Jahr im Burgenland mit einer angenommenen Erledigungsdauer von 4 Stunden pro Fall entstehen für je einen Vertragsbediensteten der Verwendungsgruppe a (Amtssachverständiger für Landschaftsschutz), der Verwendungsgruppe b (Sachbearbeiter) und der Verwendungsgruppe d (Kanzleikraft) zusätzliche Kosten von 55.014,-- Euro pro Jahr.

#### **Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:**

Mit der vorliegenden Novelle werden die Naturschutzrichtlinien der EU, die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH-Richtlinie) und die Vogelschutzrichtlinie (VS-Richtlinie) hinsichtlich ihrer Bestimmungen über die Naturverträglichkeitsprüfung und die Ausnahmen von den Vorschriften über den Tier-, Pflanzen- und Lebensraumschutz näher präzisiert.

Weiters wird der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 4. November 2014 S. 35, entsprochen, in dem für den Geltungsbereich des NG 1990 Regelungen betreffend Behördenzuständigkeit und Strafbestimmungen erlassen werden.

#### **Besonderheiten des Normsetzungsverfahrens:**

Der Gesetzesentwurf hat die Änderung einer Landesabgabe (Landschaftsschutzabgabe) zum Gegenstand. Gemäß § 9 Abs. 1 F-VG ist der Gesetzesbeschluss des Landtages unmittelbar nach Beschlussfassung des Landtages vor seiner Kundmachung vom Landeshauptmann dem Bundeskanzleramt bekanntzugeben.

Gemäß § 9 Abs. 2 F-VG kann die Bundesregierung gegen einen Gesetzesbeschluss gemäß Abs. 1 wegen Gefährdung von Bundesinteressen innerhalb von acht Wochen nach dem Tag, an dem der Gesetzesbeschluss beim Bundeskanzleramt eingelangt ist, einen mit Gründen versehenen Einspruch erheben.

Vor Ablauf der Einspruchsfrist ist gemäß § 9 Abs. 3 F-VG die Kundmachung nur zulässig, wenn die Bundesregierung ausdrücklich zustimmt.



## **Erläuterungen**

### **Zu Z 1 und 2 (§ 1 Abs. 1 und 3):**

Zahlreiche Bestimmungen des NG 1990 verweisen auf die Naturschutzrichtlinien der EU, die Vogelschutzrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitatrichtlinie. Da erstere am 30. November 2009 neu erlassen wurde, ist eine Anpassung der Gesetzeszitationen erforderlich.

In den Bestimmungen des geltenden Gesetzes sind diese Richtlinien jeweils mit dem gesamten offiziellen Wortlaut und mit dem Hinweis auf die Kundmachung im Amtsblatt der Europäischen Union und der Fundstelle ihrer letzten Änderung zitiert. Dies beeinträchtigt die Lesbarkeit der Gesetzesbestimmungen. Die Anpassung der Zitierung an die neu erlassene Vogelschutzrichtlinie soll zum Anlass genommen werden, eine Deregulierung des Gesetzestextes derart vorzunehmen, dass künftig die beiden EU-Naturschutzrichtlinien lediglich im § 1 Abs. 3 mit ihren vollen offiziellen Bezeichnungen und Fundstellen angeführt werden. Sie sollen eine Kurzbezeichnung erhalten und in der Folge in den übrigen Bestimmungen des Gesetzes nur mit dieser zitiert werden.

Mittlerweile wurde die Richtlinie 2013/17/EU zur Anpassung bestimmter Richtlinien im Bereich Umwelt aufgrund des Beitritts Kroatiens erlassen, so dass die Z 4 zu den bisherigen Zitierungen, die bisher im § 82 enthalten waren, hinzukommt.

### **Zu Z 3, 4 und 5 (§ 3 lit. b, c und d):**

Hiermit erfolgte eine Anpassung der Zitierung an die aktuelle Fassung der jeweiligen Bundesgesetze.

### **Zu Z 6 (§ 5 erster Satz):**

Mit der Novelle des Raumplanungsgesetzes LGBl. Nr. 1/2010, wurden mit § 14 Abs. 3 lit. h leg. cit. „Sondergebiete“ und mit der Novelle des Raumplanungsgesetzes LGBl.Nr. 44/2015, wurden mit § 14 Abs. 3 lit. i „Baugebiete für förderbaren Wohnbau“ als eine weitere Widmungskategorie des Baulandes eingeführt. Daher war die Aufzählung jener Widmungskategorien, auf deren Flächen eine naturschutzbehördliche Bewilligung nicht besteht, um die genannten beiden Widmungskategorien zu erweitern.

Die negative Formulierung der Flächen, auf denen Vorhaben einer Bewilligungspflicht unterliegen, wurde aus legistischen Gründen beibehalten, um auch die Vorhaben auf jenen unterschiedlichen Flächen zu erfassen, die im Flächenwidmungsplan lediglich kenntlich zu machen sind. Neu ist die Ausnahme der Bewilligungspflicht für Vorhaben in Baugebieten für Erholungs- und Fremdenverkehrseinrichtungen, die außerhalb eines besonders geschützten Gebietes (V. Abschnitt) liegen, sofern das Baugebiet nicht mit einem stehenden Oberflächengewässer funktionell verbunden ist. Damit gilt weiterhin die Bewilligungspflicht für Vorhaben im „BF-Widmungsgebiet“, in welchem zB ein Badensee liegt.

### **Zu Z 7 (§ 5 lit. b):**

Nach der geltenden Bestimmung sind die Errichtung und die Erweiterung von Anlagen zur Gewinnung bestimmter mineralischer Rohstoffe sowie deren Verfüllung bewilligungspflichtig. Andere Formen der Endgestaltung der Anlage, etwa der Verzicht auf die Verfüllung oder eine sonstige Endgestaltung der Anlage sind derzeit nicht bewilligungspflichtig. Da auch diese die Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes berühren können, sollen sie dem gleichen Bewilligungsregime unterzogen werden wie die Errichtung der Anlage.

### **Zu Z 8 und 9 (§ 5 lit. h und i):**

Nach der geltenden Fassung des § 5 unterliegen Deponien nur in jenen Fällen einer Bewilligungspflicht, in denen es sich um die Verfüllung von Anlagen zur Gewinnung von mineralischen Stoffen handelt. Nunmehr soll die Genehmigungspflicht auch auf jene Deponieanlagen ausgeweitet werden, die unabhängig solcher Abbauanlagen errichtet werden.

### **Zu Z 10 bis 12 (§ 6 Abs. 1 lit. b, c und d):**

Mit der vorliegenden Novelle wird die Landesregierung in § 6a ermächtigt, durch Verordnung Entwicklungsziele für bestimmte Gebiete festzulegen. Um die Einhaltung der verordneten Entwicklungsziele zu gewährleisten, wird mit § 6 Abs. 1 lit. d ein zusätzliches Bewilligungserfordernis normiert. Ein Vorhaben ist unter den sonstigen Voraussetzungen nur genehmigungsfähig, wenn es den in der Verordnung nach § 6a definierten Entwicklungszielen nicht entgegensteht.

### **Zu Z 13 (§ 6 Abs. 2 lit. c):**

Der erste Satz entspricht der geltenden Rechtslage.

Mit dem zweiten Satz soll bei der Verfüllung von Anlagen zum Abbau mineralischer Stoffe die standorgerechte Bodenbildung gewährleistet werden. Bodenaushubmaterial im Sinne des Altlastensanierungsgesetzes ist Material, das durch Ausheben oder Abräumen von im Wesentlichen natürlich gewachsenem Boden oder Untergrund - auch nach Umlagerung - anfällt. Der Anteil an bodenfremden Bestandteilen, zB mineralischen Baurestmassen, darf nicht mehr als fünf Volumsprozent betragen und es dürfen auch keine mehr als geringfügigen Verunreinigungen, insbesondere mit organischen Abfällen (Kunststoffe, Holz, Papier usw.), vorliegen; diese bodenfremden Bestandteile müssen bereits vor der Aushub- oder Abräumtätigkeit im Boden oder Untergrund vorhanden sein. Das Bodenaushubmaterial kann von einem oder mehreren Standorten stammen, wenn das Vermischungsverbot eingehalten wird.

**Zu Z 14 (§ 6 Abs. 3a):**

Mit § 6 Abs. 3a wird das Bewilligungserfordernis des § 6 Abs. 1 lit. d konkretisiert. Solange eine Verordnung für ein bestimmtes Gebiet gemäß § 6a nicht erlassen wurde, bleibt es bei der bisherigen Rechtslage.

**Zu Z 15 (§ 6a):**

Mit dieser Bestimmung soll der Landesregierung die Möglichkeit eingeräumt werden, durch Festlegung besonderer Entwicklungsziele wertvolle natürliche Landschafts- bzw. Lebensräume bestimmter Gebiete zu schützen oder solche neu entwickeln zu lassen. Solche Entwicklungsziele sollen unabhängig von der Erhaltung und Entstehung eines Lebensraumes auch für die Erhaltung besonders schutzwürdiger Arten in diesen Gebieten festgelegt werden können. Damit wird ein weiteres Instrument für den Schutz jener Gebiete geschaffen, in denen die Natur oder Landschaft durch bestimmte Projekte, wie zB Schotterabbauanlagen, besonders beansprucht wurde oder wird. Neben der Erhaltung bestehender wertvoller Landschafts- bzw. Lebensräume sollen die Entwicklungsziele dazu beitragen, Gebiete in dieser Qualität neu oder wieder entstehen zu lassen.

Aufgrund des neuen § 51a kann die Landesregierung Vorhaben gemäß § 5 lit. b (Anlagen zum Abbau mineralischer Rohstoffe), die in Gebiete mit festgelegten Entwicklungszielen in erheblichem Umfang eingreifen, bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen bewilligen, sofern diese Einwirkungen durch bestimmte qualifizierte Maßnahmen ausgeglichen werden können (siehe hierzu § 51a). Mit Z 2 dieser Bestimmung wird die Landesregierung ermächtigt, die Methoden für die Ermittlung und Berechnung solcher Ausgleichsmaßnahmen festzulegen.

**Zu Z 16 (§ 7 Abs. 1):**

Hiermit erfolgt eine Anpassung der Zitierung der EU-Naturschutzrichtlinien (siehe zu Z 1).

**Zu Z 17 und 18 (§§ 11 und 11a):**

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis VfSlg. 18.652/2008 vom 11.12.2008 § 11 Abs. 2 lit. c und d des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes - NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991 in der Fassung LGBl. Nr. 31/2001, als verfassungswidrig aufgehoben. Gemäß diesen Bestimmungen galten folgende Maßnahmen, die in der freien Landschaft gesetzt wurden und nicht schon durch andere Rechtsvorschriften ausgeschlossen waren, als Verunstaltungen der Landschaft und waren - mit bestimmten Ausnahmen - verboten:

„c) sonstige Anbringung von Werbematerial sowie

d) insbesondere Werbungen und Danksagungen im Zusammenhang mit der Ausübung der demokratischen Rechte der Bürger, wie zB für Wahlen des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern und satzungsgebenden Organen der gesetzlichen beruflichen Vertretungen oder Volksabstimmungen“.

Der Verfassungsgerichtshof war der Ansicht, dass eine Regelung wie diese, die eine Werbung unabhängig von der Prüfung der Auswirkungen auf die Landschaft absolut verbietet, unverhältnismäßig sei und gegen das Grundrecht der Erwerbsfreiheit und der freien Meinungsäußerung verstoße.

Diese Erwägungen können jedenfalls auch für die vom Verfassungsgerichtshof mangels Anlassfalles nicht geprüften Bestimmungen des § 11 Abs. 2 lit. a und b ins Treffen geführt werden, nach denen - unter den gleichen Ausnahmen - die Errichtung, Aufstellung oder Anbringung von Werbeanlagen ebenfalls ohne weitere Prüfung ihrer Auswirkungen auf die Landschaft verboten sind.

§ 11 bedarf daher einer Neuregelung.

Künftig sollen Vorhaben der Errichtung, Aufstellung oder wesentlichen Änderung von Werbeeinrichtungen in der freien Landschaft (§ 11) im Rahmen eines Bewilligungsverfahrens einer

behördlichen Prüfung auf ihre Verträglichkeit mit der Landschaft nach Maßgabe der Landschaftsschutzkriterien des § 6 Abs. 1 lit. a und c unterzogen werden.

Sofern die Errichtung, Aufstellung, Anbringung oder wesentliche Änderung von Werbearrichtungen für sich einen Tatbestand gemäß § 5 erfüllt oder Teil eines nach § 5 bewilligungspflichtigen Vorhabens ist, so ist die Landschaftsverträglichkeit nicht im Bewilligungsverfahren nach § 11a, sondern im Zuge des Bewilligungsverfahrens nach den §§ 5 und 6 zu beurteilen, womit neben den landschaftsschutzfachlichen Kriterien unter anderem auch die naturschutzfachlichen Kriterien des § 6 Abs. 1 lit. b (Prüfung der Auswirkung auf das Gefüge des Naturhaushalts) einen Prüfungsmaßstab darstellen.

Der subsidiäre Charakter des bisherigen § 11 soll beibehalten werden und § 11a nur für den Fall zur Anwendung kommen, dass die Werbemaßnahme nicht durch andere Rechtsvorschriften verboten ist. Als solche Bestimmung ist vor allem § 84 Abs. 2 StVO zu nennen, der bestimmt, dass - mit den dort genannten Ausnahmen - außerhalb von Ortsgebieten Werbungen und Ankündigungen an Straßen innerhalb einer Entfernung von 100 m vom Fahrbahnrand verboten sind.

Die Begriffe „Ortsgebiet“, „Ortschaft“ und „Ortsrand“ werden bereits in § 11 der Stammfassung des NG 1990, LGBl. Nr. 27/1991, verwendet und sind im Sinne der damaligen Erläuterungen zu verstehen. Diese lauten wie folgt:

„Ortsgebiet“ ist das Straßennetz innerhalb der Hinweiszeichen Ortsbeginn und Ortsende (§ 2 Z 15 StVO 1960 i.d.g.F.).

Von einer „Ortschaft“ kann gesprochen werden, wenn die tatsächliche Verbauung eines Gebietes durch eine größere Ansammlung von Bauten einschließlich der sie etwa umgebenden Grünanlagen (Vor-, Haus- und Obstgärten) soweit fortgeschritten ist, dass ein deutlicher Siedlungszusammenhang gegeben ist oder wenn ein räumlicher Zusammenhang einer Vielheit von Bauten vorliegt, die sich durch den Zusammenschluss von einzelnen verstreut liegenden Baulichkeiten sichtbar abhebt (VwGH 28. 6. 1979, Zahl 1154/79 u.a. zum Begriff geschlossene Ortschaft).

„Ortsrand“ ist ein schmaler Bereich des Übergangs eines verbauten Gebietes einschließlich der Grünanlagen zur freien Landschaft.

#### **Zu Z 19 bis Z 24 (§ 15a, 16 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2, 16a):**

Hiermit erfolgt eine Anpassung der Zitierung der EU-Naturschutzrichtlinien (siehe zu Z 1).

#### **Zu Z 25 (§ 18 Abs. 3 bis 6):**

Gemäß Art. 16 Abs. 3 der FFH-Richtlinie bzw. Art. 9 Abs. 3 der VS-Richtlinie kann von dem in diesen Richtlinien verankerten Pflanzen-, Tier- und Lebensraumschutz nur bei Vorliegen der in den genannten Richtlinien aufgezählten Tatbestände abgewichen werden. Aufgrund des Wortes „oder“ im § 18 Abs. 3 kann der Eindruck entstehen, dass das NG 1990 bei Vorliegen der Tatbestände des Abs. 3 lit. a, b und c erster Fall eine Ausnahme ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen der genannten Artikel der beiden EU-Naturschutzrichtlinien zulässt. Dies wäre europarechtswidrig. Weiters erscheint es problematisch, wenn eine Richtlinienorm der EU - wie im geltenden Abs. 3 - lediglich durch den Verweis auf den entsprechenden Artikel der Richtlinie umgesetzt wird.

Aus diesen Gründen sollen die Tatbestände der Art. 16 Abs. 3 der FFH-Richtlinie bzw. Art. 9 Abs. 3 der VS-Richtlinie mit ihrem vollen Wortlaut Eingang in den § 18 finden. Mit der Vermeidung des bloßen Verweises auf die Artikel der Richtlinienbestimmungen wird die Transparenz der Vorschrift für den Rechtsanwender verbessert.

#### **Zu Z 26 (§ 22):**

Hiermit erfolgt eine Anpassung der Zitierung der EU-Naturschutzrichtlinien (siehe zu Z 1).

#### **Zu Z 27 (§ 22 Abs. 5):**

Hiermit wird die bisher in § 22a Abs. 6 vorgesehene Regelung über die Überwachungs- und Dokumentationspflicht aus systematischen Gründen dem § 22 angefügt. § 22 regelt den Schutzgebietstypus „Geschützter Lebensraum“. Da die in Art. 11 FFH-Richtlinie verankerte Überwachungspflicht vor allem Europaschutzgebiete betrifft, erscheint es aus systematischen Gründen zweckmäßiger, diese Norm im § 22 zu verankern, der sich generell mit dem Gebietsschutz nach den beiden EU-Naturschutzrichtlinien befasst.

Die Überwachungspflicht soll sich in Zukunft - dem Gebot des Art. 11 FFH-Richtlinie entsprechend - nicht nur auf Lebensräume beschränken, sondern auch die in der Richtlinie genannten Arten umfassen. Allerdings wird im Gegensatz zum bisher geltenden § 22a Abs. 6, der die Überwachungsverpflichtung auch für die in den EU-Naturschutzrichtlinien nicht genannten Lebensräume vorsieht, auf jene in der Richtlinie genannten Lebensräume und Arten eingeschränkt.

**Zu Z 28 (§ 22a):**

Hiermit erfolgt einerseits eine Anpassung der Zitierung der EU-Naturschutzrichtlinien (siehe zu Z 1). Die bisherigen Abs. 2 und 3 konnten im Hinblick darauf, dass diese Lebensraumtypen und Arten in den in Abs. 1 genannten Anhängen der FFH-Richtlinie und VS-Richtlinie enthalten sind, in dieser Form entfallen.

**Zu Z 29 (§ 22 b Abs. 1):**

Hiermit erfolgt eine Anpassung der Zitierung der EU-Naturschutzrichtlinien (siehe zu Z 1).

**Zu Z 30 (§ 22c Abs. 1):**

Aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 14. Oktober 2010, C-535/07, ergibt sich, dass es nicht in jedem Fall geboten ist, zur Erreichung des Schutzzweckes eines Natura 2000-Gebiets Gebote und Verbote in der Europeschutzgebietsverordnung zu erlassen. Es obliegt dem Mitgliedstaat, zu bestimmen, durch welche Maßnahmen der Schutzzweck erreicht wird. Gebote und Verbote können neben der Europeschutzgebietsverordnung auch in anderen das Gebiet betreffenden Rechtsvorschriften erlassen werden, und der Schutzzweck kann oftmals auch im Wege des sogenannten „Vertragsnaturschutzes“ (§ 4 Abs. 3) erreicht werden. Der dem Abs. 1 anzufügende Satz soll diesem Grundgedanken Rechnung tragen und ein flexibleres Vollzugshandeln ermöglichen.

**Zu Z 31 (§ 22c Abs. 3):**

Hiermit erfolgt eine Anpassung der Zitierung der EU-Naturschutzrichtlinien (siehe zu Z 1).

**Zu Z 32 (§ 22c Abs. 6):**

Entwicklungs- und Pflegepläne können neben Maßnahmen, die für die Erreichung des Schutzzwecks und der Erhaltungsziele des Europeschutzgebietes notwendig sind, auch solche enthalten, die zwar für die Zielerreichung förderlich, aber nicht notwendigerweise wesentlich sind. Die Änderung des ersten Satzes des § 22c Abs. 6 soll klarstellen, dass die Umsetzungsverpflichtung jedenfalls für solche Managementmaßnahmen gelten soll, die zur Zielerreichung wesentlich sind.

**Zu Z 33 bis 38 (§ 22d):**

Nach Art. 6 Abs. 4 der FFH-Richtlinie kann trotz negativer Ergebnisse der Verträglichkeitsprüfung aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art ein Plan oder ein Projekt durchgeführt werden, wenn die dort genannten Voraussetzungen vorliegen. Bei den genannten Richtlinienbestimmungen geht es aber nicht um die Normierung von Voraussetzungen, bei deren Vorliegen eine Ausnahme von einem in der Europeschutzgebietsverordnung erlassenen Verbot erteilt wird, sondern darum, unter welchen Voraussetzungen trotz erheblicher Beeinträchtigung der Schutzziele eine Bewilligung erteilt werden kann.

Abs. 1 soll daher die grundlegende Regelung treffen, dass Pläne und Projekte, die einem Naturverträglichkeitsprüfungsverfahren zu unterziehen waren, bewilligt werden können, sofern der Eingriff das Europeschutzgebiet in seinem für den Schutzzweck oder die Erhaltungsziele maßgebenden Bestandteilen nicht erheblich beeinträchtigt; dies allenfalls unter Erteilung der Ausnahmen von den in den Europeschutzgebietsverordnungen erlassenen Verboten. Wenn im neuen Abs. 1 die Worte „nicht wesentlich oder nachhaltig beeinträchtigt“ durch die Worte „nicht erheblich“ ersetzt werden, so dient dies der Anpassung an den in Art. 6 FFH-Richtlinie verwendeten Begriff „erheblich“ und einer Vereinheitlichung; eine normative Änderung soll damit nicht bewirkt werden.

Im Sinne dieser Ausführungen geht es daher bei den Bestimmungen der Abs. 2 und 3 um die Voraussetzungen, unter denen trotz einer erheblichen Beeinträchtigung der Schutzziele ein Plan oder ein Projekt europarechtskonform bewilligt werden kann, nicht aber - wie bisher - um die bloße Ausnahme von Verboten. Insofern ist daher das in Abs. 2 und 3 jeweils verwendete Wort „Ausnahmen“ durch das Wort „Bewilligungen“ und das im § 22d Abs. 6 verwendete Wort „Ausnahme“ durch das Wort „Bewilligung“ zu ersetzen.

In § 22d Abs. 3 erfolgt weiters die Anpassung der Zitierung der VS-Richtlinie.

Art. 6 der FFH-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Durchführung einer Naturverträglichkeitsprüfung von Plänen und Projekten, die das Natura 2000-Gebiet einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Plänen und Projekten „erheblich beeinträchtigen“ können. Die ersatzweise Verankerung der Wortfolge „keine erhebliche Beeinträchtigung“ in § 22d Abs. 5 und des Wortes „erheblich“ in § 22d Abs. 6 dient der Vereinheitlichung der Termini mit jenen des genannten Artikels der FFH-Richtlinie.

**Zu Z 39 (§ 48 Abs. 1 lit. a):**

Der bisherige Klammerausdruck „(§ 22a Abs. 3 lit. a)“ ist offenbar aufgrund eines Redaktionsversehens nicht an die letzte Änderung des § 22a angepasst worden. Dieser Verweis wird im Zuge der nunmehrigen Änderung des § 22a richtiggestellt.

**Zu Z 40 (§ 48 Abs. 1 lit. b):**

Der bisherige Klammerausdruck „(§§ 15a Abs. 3, 16 Abs. 3)“ ist offenbar aufgrund eines Redaktionsversehens nicht an die letzte Änderung des § 16 angepasst worden. Der Tatbestand des § 16 Abs. 3, auf den sich der Klammerausdruck in § 48 Abs. 1 lit. b bezieht, ist seit der Novelle LGBl. 32/2008 im Abs. 4 geregelt. Hiermit erfolgt die entsprechende Anpassung des Verweises.

**Zu Z 41 (§ 49 Abs. 1):**

Nach der geltenden Bestimmung des § 49 Abs. 1 kann im Sinne des Verursacherprinzips diejenige Person, der eine behördliche Bewilligung befristet oder unter Auflagen erhält, dazu veranlasst werden, bereits durch vorhergehende Erlegung der voraussichtlichen Kosten sicherzustellen, dass im Falle des Erlöschens der Bewilligung oder im Falle der nichtvollständigen Erfüllung der Auflagen gewährleistet ist, dass der Behörde die für eine allfällige Ersatzvornahme erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Da Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe stark in die Landschaft eingreifen, besteht ein besonderes Interesse an der Umsetzung der bewilligten bzw. aufgetragenen Endgestaltung der Anlage. Eine Ersatzvornahme bei Ausfall der primär verpflichteten BewilligungsinhaberIn oder des primär verpflichteten Bewilligungsinhabers würde den öffentlichen Haushalt stark belasten. Den InhaberInnen oder Inhabern der naturschutzbehördlichen Bewilligung für eine Anlage nach § 5 lit. b soll daher in jedem Fall aufgetragen werden, eine Sicherheitsleistung für die Endgestaltung zu leisten.

Zur Vermeidung einer unverhältnismäßigen Belastung der AnlagenbetreiberIn oder des Anlagenbetreibers soll die Sicherheitsleistung nur für den jeweils geöffneten Abschnitt erbracht werden müssen.

Die Sicherheitsleistung darf aus Gründen der Vermeidung einer unverhältnismäßigen Belastung der AnlagenbetreiberIn oder des Anlagenbetreibers überdies nicht für jene Maßnahmen vorgeschrieben werden, für die bereits nach anderen Rechtsvorschriften eine Sicherheit geleistet wird. Dies wird etwa bei jenen Verfüllungen von Abbaustätten der Fall sein, die der abfallwirtschaftsrechtlichen Genehmigungspflicht unterliegen. Sofern die Verfüllung von Abbaustätten als „stoffliche Verwertung“ anerkannt wird und damit gemäß § 37 Abs. 2 Z 5 Abfallwirtschaftsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 102/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 193/2013, von der abfallwirtschaftsrechtlichen Genehmigungspflicht ausgenommen ist, und - wie bei Abbaustätten - eine Genehmigung nach dem Mineralrohstoffgesetz vorliegt, wird das gegenständliche naturschutzrechtliche Sicherstellungsregime in der Regel zum Tragen kommen.

**Zu Z 42 (§ 50 Abs. 3):**

Mit der Änderung des § 5 lit. b wird die Endgestaltung einer Anlage zur Errichtung und Erweiterung mineralischer Rohstoffe einer Bewilligungspflicht unterzogen. Um die Endgestaltung dieser Anlagen auf ihre Natur- und Landschaftsverträglichkeit und damit auf ihre Genehmigungsfähigkeit überprüfen zu können, wird die AntragstellerIn und der Antragsteller in einem vorzulegenden Abschlussbetriebsplan grafisch und schriftlich darzulegen haben, wie und in welcher zeitlichen Abfolge die Anlage nach Stilllegung oder Beendigung des Betriebes der Anlage oder von Abschnitten davon endgestaltet wird.

Bei der Planung wird zu berücksichtigen sein, dass eine Anlage im Sinne des § 5 lit. b und i in Abschnitte zu teilen ist, die eine Flächengröße von 5 ha nicht übersteigen dürfen. Die Unterteilung in Abschnitte soll im Zusammenhang mit § 51 Abs. 2 eine sukzessive Rekultivierung während der Abbauphase gewährleisten, um größere Grubenöffnungen hintanzuhalten.

**Zu Z 43 (§ 51 Abs. 1 zweiter Satz):**

Der bisher geltende § 51 Abs. 1 zweiter Satz lautet: „Im Falle der Befristung sind der AntragstellerIn oder dem Antragsteller durch Auflagen die Maßnahmen, die im Interesse des Schutzes und der Pflege der Natur nach Ablauf der Frist zu treffen sind, aufzutragen.“ Den Zielen des § 1 NG 1990 entsprechend sollen im Zuge der Erteilung einer befristeten naturschutzbehördlichen Bewilligung Maßnahmen, die nach Ablauf der Bewilligungsfrist zu setzen sind, nicht nur im Interesse des Naturschutzes sondern auch im Interesse der Pflege der Landschaft aufgetragen werden können.

**Zu Z 44 (§ 51 Abs. 2):**

Mit dem dritten Satz wird § 51 Abs. 2 konkretisierend dahingehend ergänzt, dass Rekultivierungsmaßnahmen als Auflagen vorgeschrieben werden können. Dies dient vor allem dem mit dieser Novelle verfolgten Zweck, Flächen, auf denen mineralische Stoffe abgebaut wurden, einer natur- und landschaftsverträglicheren Endgestaltung zuzuführen. Die Landesregierung soll ermächtigt werden,

die nähere Ausgestaltung der zu treffenden Rekultivierungsmaßnahmen in einer Durchführungsverordnung zu regeln.

**Zu Z 45 und 46 (§ 51 Abs. 4 und 5):**

Bereits nach dem geltenden § 51 Abs. 4 ist die Behörde ermächtigt, nach Rechtskraft eines Bewilligungsbescheides unter bestimmten Voraussetzungen nachträgliche Auflagen vorzuschreiben. Mit dem angefügten zweiten und dritten Satz soll Abs. 4 konkretisierend dahingehend ergänzt werden, dass zum Schutz der in § 6 angeführten Interessen Auflagen zum Zweck der Rekultivierung vorgeschrieben werden können. Dies dient vor allem dem mit dieser Novelle verfolgten Zweck, Flächen, auf denen mineralische Stoffe abgebaut wurden, einer natur- und landschaftsverträglicheren Endgestaltung zuzuführen. Die Landesregierung soll ermächtigt werden, die nähere Ausgestaltung der zu treffenden Rekultivierungsmaßnahmen in einer Durchführungsverordnung zu regeln. Maßstab für die Zulässigkeit nachträglicher Auflagen ist deren Verhältnismäßigkeit und das Gebot, dass der mit der Erfüllung der Auflage verbundene Aufwand in einem angemessenen Verhältnis zu dem damit angestrebten Erfolg stehen muss.

Das Ziel, abgebaute Flächen einer natur- und landschaftsverträglichen Rekultivierung zuführen zu können, soll nicht nur im Rahmen von neu zu bewilligenden oder naturschutzbehördlich bewilligten Anlagen, sondern auch bei jenen „Altanlagen“ zur Entnahme mineralischer Rohstoffe im Sinne des § 81 Abs. 15 umgesetzt werden können, die ohne naturschutzbehördliche Bewilligung betrieben werden. Dies ergibt sich aufgrund dieser Bestimmung in Verbindung mit dem neuen § 81 Abs. 18.

Mit Abs. 5 wird inhaltlich keine neue Norm geschaffen sondern es werden die Fälle, in denen nach Erlassung eines Ausnahmegewilligungsbescheides zusätzliche Auflagen erteilt werden können, von Abs. 4 ausgegliedert und in einem eigenen Absatz 5 erfasst. Dies dient der besseren Lesbarkeit der Bestimmung.

**Zu Z 47 (§ 51a):**

Mit dieser Bestimmung wird vorgesehen, dass auch bei Nichtvorliegen der Bewilligungsvoraussetzungen nach § 6 Abs. 1 lit. d bzw. § 6 Abs. 3a eine Bewilligung erteilt werden kann, wenn die erheblichen Eingriffe in Gebiete, für die besondere Entwicklungsziele festgelegt sind, durch Ausgleichsmaßnahmen ausgeglichen werden. Damit soll die Eingriffsintensität des neuen Bewilligungstatbestands des § 6 Abs. 1 lit. d vermindert werden.

Durch die Festlegung in Abs. 2 Z 1 soll sichergestellt werden, dass durch die Ausgleichsmaßnahmen in jenem Bereich, in dem sie gesetzt werden, eine Verbesserung gegenüber dem status quo eintritt. Um ungeachtet dessen sicherzustellen, dass durch die gesetzliche Regelung kein zu weitgehender Grundrechtseingriff erfolgt, soll gemäß Abs. 2 Z 2 die Pflicht zur Setzung von Ausgleichsmaßnahmen insgesamt nur soweit gehen müssen, dass die nachteiligen Einwirkungen ausgeglichen werden.

Zur Lockerung des grundsätzlichen räumlichen Zusammenhangs der Ausgleichsmaßnahme kann es nur in jenem Fall kommen, in dem weder im Projektgebiet noch im betroffenen oder benachbarten Naturraum die Möglichkeit der Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme besteht.

Nach Abs. 2 Z 3 kann das Instrument der Ausgleichsmaßnahme nur unter der Voraussetzung angewandt werden, wenn für diese Maßnahme - isoliert vom auszugleichenden Projekt betrachtet - kein Versagungsgrund für eine Bewilligung nach dem NG 1990 oder einer nach diesem Gesetz erlassenen Verordnung besteht.

**Zu Z 48 (§ 52):**

Während im Zuge von Gesetzesänderungen die in der Stamfassung normierten Bewilligungstatbestände des § 5 erweitert wurden, blieb § 52 mit seinem Verweis auf die Bewilligungstatbestände unverändert. Der durch die Novelle des NG 1990, LGBl.Nr. 58/2004, neu eingeführte Tatbestand des § 5 lit. h) ist offenbar aufgrund eines Redaktionsversehens nicht in § 52 aufgenommen worden. Da kein sachlicher Grund besteht, den Gemeinden in diesen Bewilligungsverfahren nicht die Stellung einer Verfahrenspartei zu gewähren, wird § 52 um diesen Tatbestand und um den neu geschaffenen Bewilligungstatbestand des § 5 lit. i erweitert.

In Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien sieht § 22e eine Naturverträglichkeitsprüfung für Pläne und Projekte vor, die die Schutzgüter erheblich beeinträchtigen können. Solche Vorhaben bedürfen gemäß § 22e einer Bewilligung. Sofern diese nicht gleichzeitig einen Bewilligungstatbestand nach § 5 oder nach einer Landschaftsschutzverordnung erfüllen, besteht derzeit für die Gemeinde keine Parteistellung im Bewilligungsverfahren. Da gerade bei Plänen oder Projekten mit potenzieller Beeinträchtigung der durch die EU-Naturschutzrichtlinien geschützten Tiere, Pflanzen und Lebensräume die Interessen der Gemeinden zumindest in gleicher Weise berührt werden können wie bei den Bewilligungstatbeständen des

§ 5, erscheint es zweckmäßig, den Gemeinden auch in diesen Fällen Parteistellung einzuräumen. In den meisten Fällen berühren die Fälle des § 22e ohnedies auch einen Bewilligungstatbestand nach § 5.

**Zu Z 49 und 50 (§ 53 Abs. 2 und 3):**

Der Besteuerungszweck der Landschaftsschutzabgabe liegt im Landschaftsverbrauch durch Errichtung einer Anlage zur Entnahme mineralischer Rohstoffe. Mit dem neuen § 53 Abs. 2 soll das qualifizierte Nichteinhalten der Abgabentrichtungspflicht (dreimalige rechtskräftige Verwaltungsübertretung wegen eines Tatbestands nach § 78a Abs. 1 Z 1 bis 3) durch die Betreiberin oder den Betreiber neben der Strafsanktion die Sicherungsmaßnahme des Erlöschens der Errichtungsbewilligung zur Folge haben. Damit soll ein weiterer Landschaftsverbrauch, der nicht durch die Landschaftsschutzabgabe abgegolten wird, hintangehalten werden. Gemäß § 55 Abs. 1 Verwaltungsstrafgesetz getilgte Straferkenntnisse und getilgte Strafverfügungen nach § 47 des Verwaltungsstrafgesetzes sind für diese Rechtsfolge nicht zu berücksichtigen.

Abbauanlagen im Sinne des Abs. 5 lit. b beeinträchtigen in der Regel bis zu ihrer Rekultivierung den Charakter der Landschaft. Damit dieser Zustand nicht über einen längeren Zeitraum anhält, soll die Bewilligung für die Anlage nach Ablauf der im Abs. 2 Z 2 genannten Fristen erlöschen, sofern nicht nach Maßgabe des Abs. 3 eine Verlängerung gewährt wird. Mit dem Erlöschen der Bewilligung entsteht die Wiederherstellungsverpflichtung nach § 55.

**Zu Z 51 und 52 (§ 55 Abs. 2 und 3):**

Mit der Novelle des NG 1990, LGBI. 58/2004, wurde der Tatbestand des § 53 Abs. 1 lit. d über das Erlöschen einer naturschutzbehördlichen Bewilligung eingeführt. Aufgrund der fehlenden Anführung dieses Erlöschenstatbestands im § 55 Abs. 3 ist es derzeit nicht möglich, in diesen Fällen eine Wiederherstellung aufzutragen. Dies soll durch die Aufnahme des § 53 Abs. 1 lit. d in den ersten Satz des Abs. 2 ermöglicht werden. Die Wiederherstellungsverpflichtung soll auch bei einem gemäß § 53 Abs. 2 erfolgten Erlöschen der Bewilligung für Anlagen zur Gewinnung mineralischer Rohstoffe gemäß § 5 lit. b entstehen.

In Abs. 3 wird - vergleichbar mit anderen Gesetzen des Anlagenrechts - normiert, dass letztlich die Wiederherstellungsverpflichtung die Grundeigentümerin oder den Grundeigentümer trifft, sofern weder die Antragstellerin oder der Antragsteller, noch die Rechtsnachfolgerin oder der Rechtsnachfolger oder die Person, welche die Maßnahmen veranlasst oder gesetzt hat, Inhaberin oder Inhaber einer erloschenen Bewilligung war.

**Zu Z 53 (§ 55 Abs. 4 und 5):**

Aufgrund der Einführung der Bewilligungspflicht in § 11a für die bisher verbotenen Werbemaßnahmen sollen diese hinsichtlich der Folgen einer rechtswidrigen Umsetzung demselben Regelungsregime unterworfen werden wie zB bewilligungspflichtige Vorhaben nach § 5. Die bisherigen in den Abs. 4 und 5 vorgesehenen Vollstreckungsverpflichtungen der Gemeinden sollen daher entfallen.

**Zu Z 54 (§ 56 Abs. 4):**

Gemäß Art. 24 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 4. November 2014 S. 35, haben die Mitgliedstaaten zu melden, welche Behörden für die Anwendung dieser Verordnung verantwortlich sind. Mit der vorgesehenen Bestimmung wird die Landesregierung als Behörde bestimmt, Maßnahmen nach dieser EU-Verordnung zu setzen, soweit es sich um Arten im Sinne des NG 1990 handelt. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit, Einfachheit und Sparsamkeit soll die Landesregierung die Möglichkeit haben, die Bezirksverwaltungsbehörden mit der Vollziehung einzelner Aufgaben zu beauftragen.

**Zu Z 55 (§ 61 Abs. 2):**

Mit dieser Bestimmung soll die Verpflichtung entfallen, dass „im Bereich einer jeden Bezirkshauptmannschaft zumindest ein Naturschutzorgan“ hauptamtlich zur Verfügung steht. Dies soll der Landesregierung ermöglichen, eine sparsamere Organisationsstruktur zu entwickeln, wie etwa durch den Einsatz von nichtamtlichen Naturschutzorganen.

**Zu Z 56 (§ 66 Abs. 3):**

Die gesetzliche Vorgabe, dass die Landesregierung die von den (nicht hauptamtlichen) Naturschutzorganen entsendeten Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter mindestens vierteljährlich zu Informations-, Bildungs- und Koordinationsgesprächen einzuladen hat, hat sich in der Praxis als nicht erforderlich erwiesen. Es erscheint ausreichend, eine obligatorische Veranstaltung nur halbjährlich und darüber hinausgehende Sitzungen nach Bedarf einzuberufen.

### **Zu Z 57 (§ 75a Abs. 1 und 2):**

Nach der geltenden Rechtslage ist Besteuerungsgegenstand der Landschaftsschutzabgabe der in einer Gewinnungsstätte abgebaute Kies, Sand, Schotter, Stein und Lehm. Anderes Bodenmaterial einer solchen Gewinnungsstätte wie etwa Humuserde bleibt derzeit selbst dann unversteuert, wenn sie von der Anlage verführt wird. Dies erschwert die Kontrolle der abgebauten Menge durch die Abgabenbehörde.

Die Landschaftsschutzabgabe ist eine Landesabgabe, die derzeit von den Gemeinden im übertragenen Wirkungsbereich eingehoben wird. Um Synergieeffekte bei der Kontrolle der ordnungsgemäßen Einhebung zu erzielen, soll die Abgabe künftig von der Landesregierung eingehoben werden. Da somit der Aufwand der Gemeinde bei der Vorschreibung, Einhebung und zwangsweisen Einhebung wegfällt, soll der Schlüssel über die Aufteilung des Ertrags von bisher 50% Land und 50% Gemeinden auf 60% Land und 40% Gemeinden geändert werden.

### **Zu Z 58 (§§ 75b bis 75d):**

§ 75b Abs. 1 stellt bei der Normierung der Abgabenschuldnerin oder des Abgabenschuldners auf die Inhaberin oder den Inhaber einer naturschutzbehördlichen Bewilligung für die Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe, wie etwa Steine Lehm, Sand, Kies Schotter und Torf, ab.

In Verbindung mit dem neuen § 81 Abs. 18 erster Satz gelten Personen, die nach anderen Rechtsvorschriften eine Genehmigung zum Abbau mineralischer Rohstoffe besitzen und diesen nach dem geltenden § 81 Abs. 15 ohne formelle naturschutzbehördliche Bewilligung betreiben können, als Inhaberin oder Inhaber einer Bewilligung nach diesem Gesetz.

Mit § 75b Abs. 2 wird hinsichtlich der Bemessungsgrundlage der Landschaftsschutzabgabe nicht mehr auf die abgebaute Menge, sondern auf die zum Abbau bewilligte Kubikmetermenge abgestellt. In der Verwaltungspraxis hat sich nämlich gezeigt, dass die Kontrolle der in einer Zeitperiode abgebauten Menge aufwendig und schwierig ist. Diesem Problem soll durch die Umstellung begegnet werden.

Mit der vorliegenden Novelle soll der Abgabensatz - verglichen mit dem bisherigen Hebesatz pro abgebaute Tonne - von 0,22 Euro auf 0,24 Euro angehoben werden. Dies entspricht unter Heranziehung des bisher von den Unternehmen durchschnittlich verwendeten Umrechnungsfaktors von 1,8 Tonnen pro 1 m<sup>3</sup> abgebautem Material einem Abgabensatz von 0,432 Euro pro Kubikmeter bewilligtem Abbau-material. In die Bemessungsgrundlage soll das Volumen des in der Regel nicht verwertbaren und in der Anlage verbleibende Bodenaushubmaterial, welches zwischen der Oberfläche und der Schichte der mineralischen Rohstoffe gemäß § 5 lit b liegt, nicht eingerechnet werden.

§ 75b Abs. 3 enthält eine Verpflichtung zur Änderung des Abgabensatzes, wenn sich der Verbraucherpreisindex nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, und dann nach der jeweiligen Wertanpassung, um mindestens 10% geändert hat.

Entsprechend der Umstellung der Bemessungsgrundlage für die Landschaftsschutzabgabe ist auch der Zeitpunkt, in dem die Abgabenschuld entsteht, neu zu regeln (§ 75c). Da die Bemessungsgrundlage im Bewilligungsbescheid festgesetzt wird, soll die Abgabenschuld mit dem Tag seiner Rechtskraft entstehen. Als Bewilligungsbescheide im Sinne des § 75c Abs. 1 gelten neben jenen nach § 5 lit. b auch jene nach § 81a Z 1.

Die Abgabe soll in Kalendervierteljahresteilbeträgen entrichtet werden müssen. Ein Teilbetrag entspricht jenem Teil der Abgabe, der dem Verhältnis eines Kalendervierteljahrs zur Summe aller in der Laufzeit liegenden Kalendervierteljahre entspricht. In diese Berechnung sind auch nicht volle Kalendervierteljahre der Laufzeit einzubeziehen. Die Abgabe wird jeweils an dem der Rechtskraft des Bewilligungsbescheides folgenden 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November im Ausmaß des für das Kalendervierteljahr vorgesehenen Teilbetrags fällig. Sofern bei Eintritt der Fälligkeit der für dieses Kalendervierteljahr vorgesehene Fälligkeitstag bereits verstrichen ist, wird der für das erste (nicht volle) Kalendervierteljahr vorgesehene Teilbetrag einen Monat nach Rechtskraft des Bewilligungsbescheides fällig.

Bei bestehenden Anlagen ist der Teilbetrag im Bescheid nach § 81a Z 1 entsprechend der restlichen Laufzeit, beginnend mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, festzusetzen. Der Bewilligungsbescheid ist jeweils gleichzeitig auch ein Abgabenbescheid.

Die oder der Abgabepflichtige hat die Teilbeträge der Abgabe ohne weitere Aufforderung spätestens am jeweiligen Fälligkeitstag zu entrichten.

In § 75c Abs. 4 wird die Abgabenbehörde verpflichtet, in jenen Fällen, in denen es nach Erlassung eines Abgabenbescheides zu einer Wertanpassung des Abgabensatzes gemäß § 75b Abs. 2 kommt, die Abgabe



für jene Teile, die zum Zeitpunkt des Wirksamkeitsbeginns der Wertanpassung noch nicht fällig waren, unter Berücksichtigung dieser neu festzusetzen.

Mit § 75d wird die abgabenbehördliche Kompetenz von den Gemeindebehörden auf die Landesbehörden übertragen. Ausgehend von der Normierung in § 75 c Abs. 2, dass die Abgabe im Bescheid betreffend die Bewilligung der Anlage festzusetzen ist, wird in Schutzgebieten die Landesregierung und außerhalb von solchen die Bezirksverwaltungsbehörde als Abgabefestsetzungsbehörde fungieren und die Teilbeträge festsetzen. Die Teilbeträge der Abgabe sind gemäß § 75c Abs. 2 im Bescheid über die Bewilligung der Abbauanlage bzw. auf Grundlage des gemäß § 81a Z 2 fingierten Bewilligungsbescheides festzusetzen. Die Einhebung und zwangsweise Einbringung der fällig gestellten Abgabe soll in allen Fällen durch die Landesregierung erfolgen, um durch eine Bündelung der speziell mit diesen Aufgaben betrauten Kräfte eine effiziente und einheitliche Vollziehung zu gewährleisten. Die Neufestsetzung eines Abgabebetrages infolge der Wertanpassung des Abgabensatzes an die Veränderung des Verbraucherpreisindex soll ebenfalls der Landesregierung obliegen.

§ 75d Abs. 5 regelt den Fall, dass die Bewilligung für die Anlage zur Entnahme mineralischer Rohstoffe gemäß § 5 lit. b vor dem Ende der im Bewilligungszeitpunkt festgelegten Entnahmelaufzeit erlischt. Dies kann aus einem der in § 53 genannten Gründe geschehen, wie etwa beim Verzicht auf die erteilte Bewilligung. Zum Zeitpunkt des Erlöschens der Bewilligung kann die oder der Abgabepflichtige weit mehr oder weit weniger Material abgebaut haben, als es dem Verhältnis des Zeitraums der ausgeübten Bewilligung zur ursprünglich im Bescheid festgelegten Gesamtlaufzeit der Bewilligung entspricht. Um in einem solchen Fall allfällige Mehrausgaben des Abgabepflichtigen oder allfällige Mindereinnahmen für die Gebietskörperschaften Land und Gemeinden auszugleichen, soll es zu einer Abrechnung mit Bescheid kommen, mit der das Gleichgewicht der bereits abgebauten Kubatur zu dem zu entrichtenden Abgabebetrag für diese Kubatur hergestellt wird.

**Zu Z 59 (§ 76a Abs. 1):**

Diese Bestimmung dient der Vereinheitlichung bei der Zitierung der genannten EU-Naturschutzrichtlinie.

**Zu Z 60 (§ 76a Abs. 2 und 3):**

Mit dieser Bestimmung wird einerseits die Zitierung der genannten EU-Naturschutzrichtlinien vereinheitlicht und die Zitierung der Verweise auf § 18 aufgrund der dort getroffenen Aufschlüsselung der Ausnahmetatbestände angepasst.

**Zu Z 61 (§ 78 Abs. 1):**

Mit der Z 1 soll die Zuwiderhandlung gegen die Bestimmung des neuen § 11a und die aufgrund der Bestimmungen der §§ 49 und 81 Abs. 19 erlassenen Bescheide zur Hinterlegung der Sicherheitsleistungen unter Verwaltungsstrafe gestellt werden.

Mit der neuen Z 4 soll das Aufrechterhalten des konsenslosen Zustands nach Erlöschen der naturschutzbehördlichen Bewilligung unter Verwaltungsstrafe gestellt werden.

Die Bestimmung der Z 5 entspricht im Wesentlichen der bisherigen lit. d. In dieser Bestimmung entfällt der bisherige unzutreffende Verweis auf § 81 Abs. 8. Nur § 81 Abs. 2 - und nicht auch § 81 Abs. 8 - regelt nämlich, welche Verordnungen nach dem (alten) Naturschutzgesetz 1961 als Landesgesetze weiter gelten.

Art. 30 der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten, ABl. Nr. L 317 vom 4. November 2014 S. 35, sieht vor, dass die Mitgliedstaaten der Kommission die Bestimmungen mitteilen, mit denen Sanktionen bei Verstößen gegen diese Verordnung festgelegt werden. Durch die Einfügung der Z 6 wird dieser Vorgabe Genüge getan.

**Zu Z 62 (§ 78 Abs. 3):**

Diese Bestimmung dient der Zitierungsanpassung an die aktuelle Fassung des Strafgesetzbuchs.

**Zu Z 63 (§ 78a):**

Mit dieser Bestimmung wird der Verstoß gegen Bestimmungen, zu deren Einhaltung die zur Entnahme von mineralischen Stoffen berechnigte Person verpflichtet ist, unter Verwaltungsstrafe gestellt.

**Zu Z 64 (§ 80 Abs. 7):**

Im Hinblick auf die abgabenrechtlichen Verfahren sowie die Fristen zur Vorlage von Unterlagen betreffend die Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe erscheint es zweckmäßig, diese Gesetzesnovelle nicht mit dem auf die Kundmachung des Gesetzes folgenden Tag sondern - wie die

Stammfassung des Gesetzes - mit dem Monatsersten in Kraft zu setzen, der der Kundmachung des Gesetzes folgt.

**Zu Z 65 (§ 81 Abs. 4):**

Mit der Novelle des NG 1990, LGBl.Nr. 66/1996, hat der bis dahin geltende § 22 die Bezeichnung „§ 21a“ erhalten. Im § 81 Abs. 4 ist offenbar durch ein Redaktionsversehen der Verweis auf § 22 Abs. 3 nicht angepasst worden. Anstelle von „§ 22 Abs. 3“ hat der Verweis richtig „§ 21a Abs. 3“ zu lauten.

**Zu Z 66 (§ 81 Abs. 6):**

Gemäß § 81 Abs. 2 NG 1990 gelten Verordnungen der Landesregierung auf Grund der §§ 9, 15, 19, 19a, 19b und 24 Abs. 3 des Naturschutzgesetzes 1961 bis zur Erlassung von Verordnungen auf Grund dieses Gesetzes, mit den sich aus Abs. 3 bis 6 ergebenden Änderungen als landesgesetzliche Regelungen weiter, sofern in diesem Gesetz nicht gesonderte Regelungen getroffen worden sind oder diese Verordnungen nicht den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechen.

Seit der Stammfassung des NG 1990 sind mehrere solche gesonderte Regelungen neu geschaffen oder bestehende novelliert worden. Somit gelten zB die Verbotstatbestände des § 2 der Natur- und Landschaftsschutzverordnung Neusiedlersee, LGBl. Nr. 22/1980, nur insoweit, als das NG 1990 nicht gesonderte Regelungen enthält. Für das Gebiet des Neusiedler Sees und seiner Umgebung haben insbesondere die §§ 7 und 13 NG 1990 Sonderregelungen getroffen. Weitere Regelungen, die als Sondertatbestände Vorrang vor den Verbotstatbeständen des § 2 der Verordnung haben, enthalten die §§ 5, 12, 13, 15 und 16 NG 1990. Dieses Regelungssystem hat einerseits zur Folge, dass für den Rechtsunterworfenen nicht klar hervorgeht, für welche Maßnahmen die absoluten Verbote der genannten Verordnung noch weiter gelten. Weiters beziehen sich die Sonderbestimmungen des § 13, mit denen erhebliche Eingriffe im Sinne des § 22c Abs. 2 verboten werden, nur auf die Wasserfläche, den Schilfgürtel und die nähere Umgebung des Neusiedler Sees, nicht aber die anderen Gebietsteile der Natur- und Landschaftsschutzverordnung Neusiedlersee. Für letztere Gebietsteile, die natur- und landschaftsschutzfachlich in der Regel weniger sensibel sind, gelten derzeit die absoluten Verbote der genannten Natur- und Landschaftsschutzverordnung. Schließlich kann aufgrund der Subsidiaritätsklausel des § 81 Abs. 2 die Rechtsansicht vertreten werden, dass die Verbote der Schutzgebietsverordnung dann nicht gelten, wenn der Eingriff im Zusammenhang mit einem nach § 5 bewilligungspflichtigen Vorhaben gesetzt werden soll. Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit und zu dem Zweck, die Bestimmungen der geltenden Schutzgebietsverordnungen mit den Sonderbestimmungen des NG 1990 zu harmonisieren, soll durch Anfügung des Satzes im Abs. 6 bestimmt werden, dass die im § 2 der Natur- und Landschaftsschutzgebietsverordnung Neusiedlersee genannten Verbote als bewilligungspflichtige Maßnahmen gelten. Somit werden solche Maßnahmen auf ihre Naturverträglichkeit im Sinne des § 22e und auf ihre Natur- und Landschaftsverträglichkeit im Sinne des § 6 geprüft.

**Zu Z 67 (§ 81 Abs. 18 bis 20):**

Sofern sich nach Rechtskraft einer Bewilligung ergibt, dass die jeweils wahrzunehmenden Schutzziele oder das öffentliche Interesse im Sinne des § 6 Abs. 5 oder die Voraussetzungen, die der Behörde als Grundlage für die Ausnahmegewilligung gedient haben, durch die im Bewilligungsbescheid vorgeschriebenen Maßnahmen nicht hinreichend geschützt sind, kann die Behörde gemäß § 51 in Verbindung mit § 81 Abs. 7 andere oder zusätzliche Auflagen unter Berücksichtigung der für die Bewilligung maßgeblichen Interessen vorschreiben. Da zB für die Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Gewinnung von Stein, Lehm, Sand, Kies, Schotter und Torf sowie die Verfüllung solcher und bereits bestehender Anlagen, mit deren Umsetzung vor dem 1.3.1991 (Inkrafttreten des NG 1990) begonnen wurde, gemäß § 81 Abs. 15 keine naturschutzbehördliche Bewilligung zu erteilen war, könnten für solche Anlagen keine zusätzlichen Auflagen vorgeschrieben werden. Um künftig allen Betreiberinnen und Betreibern von (bergrechtlich) genehmigten Abbaustätten derartige nachträgliche Auflagen vorschreiben zu können, werden in Abs. 18 entsprechende Vorkehrungen getroffen. Für bestehende und nach anderen Rechtsvorschriften genehmigte Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe wird die naturschutzbehördliche Bewilligung gesetzlich fingiert. Der Umfang der Bewilligung ergibt sich aus den von der oder dem Berechtigten innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes vorzulegenden Unterlagen. Diese werden in erster Linie die Genehmigungs- bzw. Bewilligungsbescheide nach dem Mineralrohstoffgesetz und gegebenenfalls dem Wasserrechtsgesetz sein, samt den diesen Bescheiden zugrundeliegenden Einreichunterlagen wie Plänen, Bau- und Betriebsbeschreibungen.

In Abs. 19 wird bestimmt, dass Betreiberinnen oder Betreiber bestehende Anlagen zur Entnahme mineralischer Rohstoffe, die nach den bisher geltenden Bestimmungen entweder keiner naturschutzrechtliche Bewilligung bedurft haben (Altanlagen im Sinne des § 81 Abs. 15) oder die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes nach § 5 bewilligt waren, unter den dort genannten Voraussetzungen eine Sicherheitsleistung für die Endgestaltung offener Abbauabschnitte zu leisten

haben. Damit sich die Unternehmerinnen oder Unternehmer in ihrer Finanzplanung auf allfällige Sicherheitsleistungen zeitgerecht einstellen können, wird bestimmt, dass in den Fällen der „Altanlagen“ die erstmalige Sicherheitsleistung frühestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes fällig wird.

In Anlehnung und Angleichung an die für Neuanlagen bestehende Verpflichtung, dass eine Sicherheitsleistung jeweils für einen offenen Abschnitt, der höchstens 5 ha groß sein darf, zu leisten ist, wird im Abs. 19 letzter Satz bestimmt, dass bei bestehenden Anlagen eine Neufestsetzung der Sicherheitsleistung jedenfalls dann vorzunehmen ist, wenn sich das Ausmaß der geöffneten Abschnitte um mehr als 5 ha vergrößert oder verkleinert. Im Übrigen sollen die für Neuanlagen geltenden Sicherheitsleistungsbestimmungen des § 49 Abs. 3 bis 5 sinngemäß angewendet werden. Auf die Erläuterungen zu § 49 wird verwiesen.

In Abs. 20 wird bestimmt, dass das formelle und materielle Abgabenrecht hinsichtlich des bis zum Inkrafttreten dieser Gesetzesnovelle abgebauten Bodenmaterials weiterhin in Geltung bleibt. Dies entspricht dem im Abgabenrecht geltenden Grundsatz der Zeitbezogenheit von Abgaben. Damit wird klargestellt, dass anhängige Verfahren nach den bis zum Inkrafttreten des Gesetzes geltenden Bestimmungen weiterzuführen sind.

#### **Zu Z 68 (§ 81a):**

Die Umstellung der Bemessungsgrundlage der Landschaftsschutzabgabe von der abgebauten Menge hin zur bewilligten Abbaumenge macht es notwendig, dass die zum Abbau freigegebene Kubatur bescheidmäßig festgestellt wird. Bei neu zu bewilligenden Anlagen wird diese Feststellung im Bewilligungsbescheid zu treffen sein. Bei den bisherigen nach § 5 lit. b erteilten Bewilligungen ergibt sich der Umfang der zum Abbau bewilligten Kubatur in der Regel nicht aus dem Bewilligungsbescheid. Beurteilungsgrundlagen für den Umfang der Bewilligungspflicht fehlen gänzlich bei Anlagen, mit deren Errichtung vor dem 1.3.1991 begonnen wurde und die somit gemäß § 81 Abs. 15 keiner naturschutzbehördlichen Bewilligung bedürften.

Um die künftige Bemessungsgrundlage der Landschaftsschutzabgabe festsetzen zu können, wird der Inhaber einer Anlage zur Entnahme mineralischer Rohstoffe im Sinne des § 81 Abs. 15 (das sind die nach dem NG 1990 bewilligungsfreien Altanlagen) und die Inhaber einer Bewilligung nach § 5 lit. b verpflichtet, jene Unterlagen vorzulegen, aus denen einerseits die Kubatur, für deren Abbau ein aufrechter Konsens nach dem NG 1990 und/oder nach anderen Rechtsvorschriften besteht, und andererseits die Kubatur, die noch abgebaut werden soll, hervorgeht. In der Regel werden die Bescheide nach dem Wasserrechtsgesetz oder dem Mineralrohstoffgesetz samt den diesen Bescheiden zugrunde liegenden Einreichunterlagen vorzulegen sein. Soweit erforderlich, hat die Inhaberin oder der Inhaber der Bewilligung auch andere technische Unterlagen erstellen zu lassen und vorzulegen. Zum Zweck der Feststellung, welcher Teil der bewilligten Abbaumenge noch nicht abgebaut wurde und als Bemessungsgrundlage der Landschaftsschutzabgabe zugrunde gelegt wird, können gegebenenfalls bisherige Abgabenbescheide oder Bergbaukartenwerke mit den entsprechenden Angaben über die abgebauten Mengen vorgelegt werden.

Der Bescheid gilt als Bewilligungsbescheid im Sinne des § 75c Abs. 1, in dem die Laufzeit der Bewilligung, die Abgabenhöhe, die Teilbeträge und die Fälligkeitszeitpunkte für ihre Entrichtung festgelegt wird.

Damit bei bestehenden Abbaubetrieben ein nahtloser Übergang vom alten zum neuen Besteuerungssystem erfolgt, wird für Abgabezwecke, und zwar für die Ermittlung der Höhe des für ein Kalendervierteljahr zu entrichtenden Teilbetrags, der Beginn der Laufzeit der Bewilligung mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festgelegt. Spätestens am ersten Fälligkeitstag nach Rechtskraft des Festsetzungsbescheides sind der für dieses Kalendervierteljahr vorgesehene Teilbetrag und die Teilbeträge, die sich für die Kalendervierteljahre vor dem ersten Fälligkeitstag ergeben, zu entrichten. Letzere sind das Kalendervierteljahr, in dem dieses Gesetz in Kraft tritt, und die allfälligen nachfolgenden Kalendervierteljahre, für die noch kein Teilbetrag entrichtet wurde.

#### **Zu Z 69 (§ 82):**

Die Zitierung der in diesem Gesetz umgesetzten EU-Richtlinien wurde aus legislativen Gründen in den § 1 Abs. 3 verschoben, um dort auf die in der Folge verwendete Kurbezeichnung hinzuweisen. § 82 kann daher entfallen.

#### **Zu Z 70 (Anlage Leitfaden):**

Gemäß § 22e Abs. 3 kann die Landesregierung im Zuge der Prüfung, ob ein Plan oder Projekt ein Europaschutzgebiet erheblich beeinträchtigt, die Betreiberin oder den Betreiber auffordern, eine Naturverträglichkeitserklärung vorzulegen. Der Leitfaden im Anhang des Gesetzes regelt den Inhalt einer derartigen Naturverträglichkeitserklärung.

Der derzeitige Leitfaden unterscheidet hinsichtlich der vorzulegenden Unterlagen nicht zwischen Plänen und Projekten. Dies hat in der Verwaltungspraxis zu erheblichen Schwierigkeiten über den Inhalt der vorzulegenden Unterlagen geführt. Diesem Problem wird dadurch begegnet, dass die Angaben der Naturverträglichkeitserklärung getrennt nach Plänen und Projekten aufgeschlüsselt werden.

Der im Zuge eines Naturverträglichkeitsprüfungsverfahrens ergangene Bescheid soll künftig nicht im Landesamtsblatt sondern durch zwei Wochen im Internet veröffentlicht werden müssen.